This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Karlo-Winkelblech

und

sein Zukunftsstaat.

Inaugural-Dissertation

der

hohen philosophischen Fakultät der Universität Greifswald

zur

Erlangung der philosophischen Doktorwürde

vorgelegt

und mit den beigefügten Thesen

am

Sonnabend, den 13. August 1904, mittags 12 Uhr

öffentlich verteidigt

von

Erich Schirmeister

aus Prenzlau.

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Opponenten:

cand. jur. Erich Dittmann.
cand. jur. Erwin Felsch.

Greifswald.
Buchdruckerei Hans Adler.
1904.

HX275
.S4

Gedruckt mit Genehmigung
der philisophischen Fakultät der Königlichen Universität
zu Greifswald.

Dekan: Prof. Dr. Gercke.

Referent: Prof. Dr. K. Oldenberg.

Meinen lieben Eltern.

Inhaltsverzeichnis.

Orientierung. Literarische Eigenart der „Untersuchungen über die Organisation der Arbeit".

Erster Teil. Karl Georg Winkelblech.

I. Aus seinem Leben.
II. Entwickelung und Resultat.
III. Weltanschauung.

Zweiter Teil. Der objektive Produktionsplan des Zukunftsstaats.

Einleitend: Lage und Größe.

I. Organisation der Beziehungen nach außen. (Die Handelspolitik.)
II. Organisation nach innen.
1. Monopolartige Staatsbetriebe.
a) Forst und Bergbau,
b) Eisenbahn und Post,
c) Versicherungswesen,
d) öffentliche Bauten.
2. Staatliche und private Unternehmertätigkeit im
a) Bankwesen,
b) Warenhandel.
3. Gesetzgebung gegen die freie Konkurrenz.
a) Absatzregulierung auf der Grundlage des Gebiets,
b) Weitere Unterbindung des Fernabsatzes,
c) Varia.

Dritter Teil. Die Berufs- und Postenwahl.

(Das Recht auf Arbeit, der Arbeitsnachweis, Modifizierung der freien Konkurrenz des Arbeitsmarktes.)

Vierter Teil. Die Einkommensverteilung.

I. Gesetzgebung gegen das spekulative Kapital.
1. Börsengesetzgebung,
2. sonstige Reformen des Marktes.
3. Konkursordnung.

II. Ausdehnung der Produktivgenossenschaft.
III. Größe der Betriebe.
IV. Arbeiterversicherung (auch Witwen- und Waisen-Versicherung).

Fünfter Teil. Die Bevölkerungspolitik und sonstige Reformen.

I. Die Bevölkerungspolitik.
II. Sanitäre Reformen.
1. Großstädtische Entwicklung.
2. Arbeitsteilung.
III. Familienwirtschaft und Frauenfrage.
Anhang. Verwirklichung (Übergangsmodus).

Sechster Teil. Würdigung.

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Orientierung. Literarische Eigenart der „Untersuchungen über die Organisation der Arbeit".

Nachdem im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts die sozialistische Bewegung durch Frankreich und England gegangen war, griff sie anfangs der dreißiger Jahre in Deutschland um sich. Auch hier überschüttete sie die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit trüben Prophezeiungen, mit berechtigten und unberechtigten Klagen. Und wie vorher in England und Frankreich fast in allen Gesellschaftsklassen Männer aufgetreten waren, die zwecks Lösung der sozialen Frage eine Wirtschaftsordnung konstruierten, so erlebte nun Deutschland dasselbe Schauspiel.

Während der größte Teil dieser Sozialordnungen, die zur Zeit die Gemüter sehr aufregten, heute in Vergessenheit geraten ist, erfreut sich der zu Lebzeiten fast ganz unbeachtet gebliebene Sozialist Karl Marlo oder, wie er mit seinem wahren Namen heißt, Karl Georg Winkelblech bei der Nachwelt eines steigenden Interesses. Seit dem Jahre 1870 sind ihm und seinen Ideen zahlreiche Besprechungen gewidmet. Indessen eine vollständige Verwertung des über ihn vorliegenden Materials scheint uns vor allem in Hinblick auf seinen Zukunftsstaat noch nicht vorzuliegen.[1]) Auch dürften andere Zukunftsstaaten, obwohl sie diesem an Wert nicht gleichkommen, wie z. B. der Weitlingsche, weit bekannter sein. Unseres Erachtens ist dies auf das Konto der literarischen Eigenart der „Untersuchungen über die Organisation der Arbeit oder System der Weltökonomie" zu setzen, des Werkes, in dem jener niedergelegt ist.

[1]) Sie scheint vielfach nicht beabsichtigt zu sein.

In den „Untersuchungen" liegt ein weit angelegtes Werk vor uns, das — unvollendet — vier starke Bände mit ca. 2000 Seiten umfaßt. Sein Ziel ist die Darstellung des Zukunftsstaates, aber schon die Disposition zeigt; daß eine erstaunliche Gründlichkeit, verbunden mit einem Mangel an Konzentrationskraft, den Autor von seinem Thema abgeführt hat. Die beiden ersten Bände enthalten eine von Plato bis zur Gegenwart reichende, äußerst interessante, kritische Geschichte aller ökonomischen Schulen und Systeme mit wertvollen, parteipolitischen Exkursen, der dritte Band ein Lehrbuch der theoretischen Nationalökonomie, der vierte das der praktischen. Wie so vielen Sozialisten ist es auch Winkelblech gegangen. Das, „was die Wißbegier des Lesers und Hörers am meisten sucht, die Zukunftsziele," das wird auch bei ihm zurückgehalten, und „wenn die Zukunft selbst an die Tagesordnung kommt, geht fast immer die Vorstellung gerade zu Ende".[1]) Über das kritische Ausschachten des Fundaments, über das Heranfahren der Bausteine und Hölzer, über das Entwerfen von Skizzen und Bauplänen kommt der Baumeister nicht zum Aufbau des Hauses selbst. Vieles erschließt sich indirekt aus kritischen Bemerkungen. Anderes bleibt — das Werk ein Torso — gänzlich unklar.

Ferner wird die Untersuchung erschwert durch das jahrelange Hinziehen der Ausarbeitung (von 1848 bis 1865), vor allem nach zwei Seiten: Erstens, zwar ist die Grundauffassung dieselbe geblieben[2]), aber anfängliche Übertreibungen werden später auf ein richtiges Maß gebracht, so tritt der Pessimismus in der Bevölkerungsfrage ganz erheblich vom dritten Bande ab zurück. Auch sonst sind kleine Änderungen zu konstatieren, zum Beispiel wird die Produktivgenossenschaft vom zweiten Band ab noch entschiedener bevorzugt[3]). Zweitens fehlt dem Werke vom zweiten und noch mehr vom dritten

[1]) Oldenberg über die Eigentümlichkeit der sozialdemokratischen Quellen in „Ziele der deutschen Sozialdemokratie". Ev.-soz. Zeitfragen. I. Reihe, achtes und neuntes Heft. Leipzig 1891.

[2]) Als der erste Band erschien, war Winkelblech bereits 49 Jahre alt, hatte also seine Entwickelungszeit hinter sich.

[3]) Vergleiche U. Bd. 1, S. 324 (Anmerkung) und Bd. 4, S. 307.

Bande ab der frische unmittelbare Hauch, der den ersten so anziehend macht. Immermehr zeigt sich die schriftstellerische Unbegabtheit, den Stoff leicht gefällig zu gruppieren. Desgleichen nimmt die penible Gründlichkeit zu, alle in Betracht kommenden Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Endlich verhindert die recht unglückliche Terminologie die Gedanken leicht aufzufassen. Um eine Probe dieser unerquicklichen Frucht des autodidaktischen Studiums zu geben, wir hören von Werklegung, von ein- und mehrsitzigen Geschäften, von verkörpertem, gegliedertem, ganz- und halbgefesseltem Gesamteigentum, von Grund- und Kunstkapitalien usw. Noch verwickelter wird die Situation, wenn diese ungetümen Bezeichnungen mit einander kombiniert werden.

Wir werden die zweite Auflage des Winkelblechschen Werkes benutzen, die bei Laupp in Tübingen in den Jahren 1885—87 erschienen ist. Sie zeichnet sich durch besseren Druck, übersichtliche Kapitelüberschriften und durch Wiedergabe des Nachlasses aus. Auch bringt sie ein an sich wohl brauchbares Register, das für unsere Zwecke indessen nicht genügte.

Erſter Teil.

Karl Georg Winkelblech.

Der Zukunftsſtaat, in dem Winkelblech ſein ſoziales und wirtſchaftliches Programm niedergelegt hat, wurzelt unſeres Erachtens bei der ſubjektiven Bedingtheit alles menſchliches Schaffens in der Perſönlichkeit des Autors, zum mindeſten wird ſeine allgemeine Richtung und Struktur durch dieſe beſtimmt. Es iſt deshalb notwendig, vorerſt das Leben, die geiſtige Entwickelung und die Weltanſchauung Winkelblechs in ihren Hauptumriſſen zu entwickeln. Wir beginnen mit dem, was eine dürftige Biographie aus ſeinem Leben mitzuteilen weiß.

I.

Wirtſchaftliche oder ſoziale Probleme haben Karl Georg Winkelblech, von Beruf Chemiker, bis zum dreiunddreißigſten Lebensjahr gänzlich ferngelegen. „Bis zum Jahre 1843 wußte ich nichts von dem großen Reiche des Elends, welches die Grundlage unſerer geſchminkten Ziviliſation bildet. In den Werkſtätten der Induſtrie blickte ich als Naturforſcher auf die Öfen und die Maſchinen, nicht auf die Menſchen, auf die Produkte des menſchlichen Fleißes, nicht auf die Produzenten.“ [1]) Erſt auf einer Studienreiſe nach dem Norden Europas eröffnete ſich ihm die Tragik der ſozialen Frage und zwar durch die Unterhaltung mit einem deutſchen Fabrikarbeiter, der alle Leiden des Proletariats ſelbſt durchkoſtet hatte und zuletzt

[1]) Vorrede zur erſten Auflage, abgedruckt im 2. Band der 2. Aufl. der „Unterſuchungen“.

nach Norwegen in das Blaufarbenwerk von Modum verschlagen war. Tief ergriffen durch das, was ihm dieser mitteilte, faßte Winkelblech den Entschluß, das Studium der sozialen Frage zu seinem Lebensziel zu machen. Ein verhängnisvoller Schritt für sein persönliches Glück! Denn er brachte wohl hartes, jahrelanges Ringen, aber keine Anerkennung in weiten Kreisen.

Ein Kind des heiteren Rheinlandes, wurde Winkelblech im Dorfe Ensheim im Jahre 1810 geboren[1]). Die Eltern, der Vater ein tüchtiger evangelischer Pfarrer, die Mutter eine natürlich-einfache Frau, legten auf die Erziehung des einzigen Kindes besondere Sorgfalt. Die Mutter selbst und ein befreundeter Amtskollege erteilten im Geiste Pestalozzis den Anfangsunterricht. Dann besuchte der junge Winkelblech das Mainzer Gymnasium. Nach Absolvierung desselben kam er, da er wenig Neigung zum Lernen zeigte, zu einem befreundeten Apotheker in die Lehre, wo er wie ein Kind des Hauses gehalten wurde. „Hier erfüllte er gewissenhaft seine Pflichten, führte aber stets einen Band von Goethe, Schiller oder Lessing bei sich, im Dichten und Denken seinen eigentlichen Beruf suchend". Im achtzehnten Lebensjahre verlor er plötzlich beide Eltern durch den Tod. In seinen Entschlüssen nunmehr frei, gab er den ihn nicht befriedigenden Beruf eines Apothekers auf und entschied sich für das Studium der Chemie. Er ging nach Gießen, wo Justus Liebig seine vielbesuchten Vorlesungen hielt. Bald war er dessen Lieblingsschüler. (In späteren Jahren verband beide Männer enge Freundschaft!) Noch Student, wurde er dann Assistent in Marburg, promovierte, habilitierte sich an der dortigen Universität und hielt gut besuchte Vorlesungen. Außer dem Fachstudium trieb er hier wie in Gießen Philosophie, besonders hörte er bei dem eklektischen Identitätsphilosophen Suabedissen. Auch die nach dem Tode der Eltern zurückgedrängten künstlerischen Neigungen traten wieder hervor und gaben das Motio für eine dreimonatliche Reise nach Paris, die wir deshalb erwähnen, weil das französische Geistes-

---

[1]) cf. das Vorwort der 2. Auflage. Die Mitteilungen des Herausgebers daselbst gehen auf die Familie Winkelblechs zurück.

leben nicht ohne Einfluß auf ihn geblieben ist. In das Jahr 1839 fällt seine Verlobung mit einer Tochter des Astronomen Gerling und die Übernahme einer Professur an der höheren Gewerbeschule in Kassel Nachdem bereits früher seine Vorlesungen über Chemie im Druck erschienen waren, unternahm er, um Material zu einem technologischen Werke zu sammeln, im Jahre 1843 die oben erwähnte Reise nach dem Norden Europas. Hier erfolgte der Umschwung.

Nach einem fünfjährigen Studium der Volkswirtschaft, in dem sich Winkelblech, wie er sagt, absichtlich so frei wie möglich von fremden Einflüssen zu halten suchte, begann er die Niederschrift seiner „Untersuchungen". Da riß ihn aus seinen Theorien die Praxis der Zeit. Deutschland trat unter das Zeichen der Revolution, und die stürmische Flut führte unsern Autor mit sich. Mit den weitgehendsten Hoffnungen eines sozialen Reformators trat er zunächst auf dem Vorkongresse norddeutscher Handwerker (2. bis 6. Juni in Hamburg) auf und errang seine ersten Siege. Man jubelte ihm zu, und er war der Mann des Tages. Es gelang ihm, die Arbeitgeber und -nehmer, vorzugsweise vertreten in Handwerksmeistern und -gesellen, trotz schon beginnenden Klassenbewußtseins und Mißtrauens unter einer Kappe zu halten. Wenn die Gemüter in erregten Debatten aufeinander prallten, ließen seine versöhnlichen Worte den offenen Bruch vermeiden. Indessen der Interessengegensatz zwischen beiden Parteien wurde, je älter die Bewegung, desto tiefer, und in dem Moment, wo er offen zu Tage trat, hatte Winkelblech damals verspielt, eben weil er kein Klassenprogramm vertrat. In Frankfurt kam es so weit. Die radikalen Elemente obsiegten. Die Meister traten nicht aus dem Bannkreis ihrer egoistischen Interessen heraus, die Gesellen aber konstituierten einen eigenen Gesellenkongreß mit feindlicher Spitze gegen „das Handwerkerparlament", an dessen Seite sie bisher gegen die Gewerbefreiheit marschiert waren, und Winkelblech ward ihnen als meisterfreundlich verdächtig. So konnte es auf dem Heidelberger Distriktskongreß der „Verbrüderung" dem radikalen Arbeiterführer Stephan Born leicht gelingen, in einem Redetournier den Sieg über

Winkelblech davonzutragen, der sich nun vom öffentlichen Leben zurückzog und an die theoretische Begründung seines Systems ging, an das er den Glauben noch nicht verloren hatte.

Anfangs der fünfziger Jahre zog die Reaktion in Deutschland ein. Der Vorstoß der Regierung führte zur Erstickung der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung; der Handwerkerbewegung aber nahm der wirtschaftliche Aufschwung die kräftigsten Elemente. Es kamen sozialpolitisch tote Jahre, eine schlechte Zeit für die Aufnahme der Winkelblechschen Ideen. So erklärt sich, daß das im Laufe der fünfziger Jahre erscheinende Werk gänzlich unbeachtet blieb. Ein furchtbarer Schlag für Winkelblech, denn er hatte auf den Erfolg desselben seine ganze Hoffnung gesetzt. Noch in anderer Weise wurde ihm diese Zeit verhängnisvoll. Er wurde wegen angeblich revolutionärer Umtriebe vor Gericht gezogen, und die mehrtägigen Verhandlungen vor der endgültigen Freisprechung ließen ein schweres Nervenübel zurück. Gemütskrank brachte er ein Jahr in der Irrenanstalt Ilmenau zu. Erst vom Jahre 1861 ab besserte sich seine Gesundheit. Energisch nahm er nochmals die Arbeit auf, aber ein Schlaganfall machte seinem Leben am 10. Januar des Jahres 1865 ein Ende.

II.

In der geistigen Entwickelung Winkelblechs zeichnen sich meines Erachtens deutlich zwei Strömungen ab, eine ältere und eine jüngere. Sie fallen zeitlich zum Teil zusammen und kreuzen einander. Diese vertieft und weitet Gemüt und Phantasie, jene schärft das verstandesmäßige Denken. Diese bringt den Idealismus des 18., jene den Realismus des 19. Jahrhunderts zur Wirkung.

Religiösität scheint der Grundton des Elternhauses gewesen zu sein, und der an Winkelblech unverkennbare Altruismus hat stets eine religiöse Färbung behalten[1]). Der erste selbstständige geistige Schritt des Jünglings war die leidenschaftliche Annahme der Welt-

[1]) „Soziale Reform ein Gebot der Religion!" Vergl. U. Bd. 2, S. 493, 616.

anschauung des 18. Jahrhunderts. Ihr liebenswürdiger Optimismus, der sich über die Tiefe der Konflikte hinwegtäuschte, ihr berauschender Glaube an die Souveränität des Individuums und des Volkes, ihr unhistorisches, idealistisches Zutrauen zu der Macht des Wissens und der Aufklärung, sie müssen eine Zeit lang die ausschließliche Basis seines Denkens gebildet haben; denn auch die spätere konträre Entwicklung hat sie nur zum Teil wegretouchieren können. In dem Studenten wurde dann die Neigung zum doktrinären Radikalismus verstärkt durch den dogmatischen Akzent der Fichteschen Philosophie[1]) und ihre begriffliche Kühnheit, die das Ich als das treibende Agens der Welt setzte. Zugleich aber wies, und das führt zur zweiten Strömung, der willensstarke Enthusiasmus eines Fichte den ideologischen Träumer auf Taten und reale Neuerungen hin.

Schon die plötzlichen, fast gleichzeitigen Todesfälle beider Eltern führten Winkelblech vorübergehend in die Wirklichkeit zurück. Künstlerische Studien schärften seinen Blick für psychologische Nüancen. Noch höher ist der Einfluß der exakten Wissenschaft anzuschlagen, die ihm in der hohen Gestalt eines Liebig entgegentrat. Wie kein anderer konnte dieser Meister der chemischen Analyse seinem Lieblingsschüler die zerstörende Wirkung des Experiments auf unwahre Theorien vorführen. Die abstrakten, a priori gesetzten Glaubenssätze traten nunmehr vor dem Urteil der besonnenen Empirie zurück[2]). Andererseits lag in dieser mathematisch-naturwissenschaftlichen Bildung die Gefahr, die Kompliziertheit des Geisteslebens zu übersehen, und nur zum Teil ist Winkelblech ihr ausgewichen.

Auf Grund dieser eigenartigen, sich selbst korrigierenden Entwickelung ist diese Persönlichkeit erwachsen und zu verstehen. Sie

---

[1]) Vergleiche U. Bd. 2, S. 626 und Bd. 3, S. 111—113. „Obgleich nicht zu erwarten ist, daß die logische Weltordnung Hegels in größeren Kreisen Anklang findet, so ist sie nicht zuletzt für die sittliche Kraftlosigkeit der Modernen verantwortlich zu machen und um so mehr zu verwerfen, als bereits die Tatenlosigkeit der größte Nationalfehler der Deutschen ist." „Wie anders, als noch ein Kant und ein Fichte die öffentliche Meinung beherrschten!"

[2]) Der Wert der Empirie wird mehrfach betont, so U. Bd. 4, S. 316 u. f.

ist eine ausgesprochene Vermittlungsnatur, die einen Zukunftsstaat aufzubauen strebt, in dem alle Parteien einen modus vivendi finden. Auch sucht Winkelblech wie alle zur Totalität neigenden Charaktere zielbewußt die Extreme zu meiden. Wie weit das gelungen, ist bei der Kritik zu zeigen; hier nur soviel, daß eine starke Dosis von doktrinärem Radikalismus unverkennbar an ihm ist. Auch gesellt sich leicht ein pedantischer, schulmeisterlicher Ton hinzu. Sympathisch ist aber an dieser Persönlichkeit vor allem ihre sozial-politische Wärme. Nicht verbitterter Haß gegen das Bestehende, noch der kalte Kalkül eines ehrgeizigen Agitators führt ihre Feder, sondern in erster Linie das warme Mitgefühl mit dem Elend weiter Volksschichten, und der Glaube, daß es zum Klassenkampf, zur Revolution kommen müsse, wenn nicht bei Zeiten zu versöhnenden Reformen gegriffen würde.

III.

Zur Ergänzung ein Blick auf die Weltanschauung. Wir gruppieren sie um das Problem des kulturellen Fortschritts!

Winkelblech setzt mit realistisch-ernsten Akkorden ein. Die Gesetze der kausalgeordneten Welt widersprechen den natur-philosophischen Harmonievorstellungen. Es bestehe keine Harmonie zwischen der eigenen Richtung der Naturkräfte und der kulturellen Entwicklung.[1]) Vielmehr sei der Glaube an einen idyllischen Naturzustand ebenso unhistorisch und naiv, wie die Hoffnungen Fouriers vom Eintritt des sozialen Friedens[2]). Die Natur sei karg und launisch, schaffe einen erbitterten Kampf um das Dasein und erschwere dem Menschen das Aufsteigen in höhere Kulturformen durch die wirtschaftliche Fesselung. Doch wie diese durch die Unterjochung der Naturkräfte bereits unendlich gelindert sei, so werde sie auch

[1]) Vergl. die Stellung Winkelblechs zu Malthus. U. Bd. 3, Kap. 25. (Auch Bd. 2, S. 224.)

[2]) Dieser erhoffte eine freiwillige Unterordnung der Tiere unter die menschlichen Zwecke. Wir erinnern an die köstlich-naive Konzeption der Antiwalfische und Antiflußpferde, welche als Schleppdampfer arbeiten, der Antikrokodile, welche sich beim Bau von Kanälen betätigen.

in Zukunft noch mehr gelindert werden. Sicher sei, daß bereits in der Gegenwart die neugewonnenen Millionen stählerner und eiserner Arbeitssklaven größeren Volksschichten als bisher die Teilnahme an den Segnungen der Kultur ermöglichen müssen.[1])

Wie im Naturphilosophischen sei auch im Soziologischen der Harmonismus unberechtigt. Das freie Spiel der wirtschaftlichen Sonderinteressen führe durchaus nicht mit Naturnotwendigkeit, wie der liberale Optimismus lehre, zur Verwirklichung des Gesamtinteresses und der Gerechtigkeit.[2]) Vielmehr beständen der Natur der Dinge nach neben mancher Koinzidenz der Interessen tiefe Kollisionen, die wohl bisweilen durch das wohlverstandene Interesse des Einzelnen, durch einen weitsichtigen Egoismus gelöst werden können,[3]) in der Regel aber, wenn vom Zwang abgesehen werden soll, — und jeder Zwang ein Übel[4]) — nur durch eine altruistische Entwicklung, durch ein freiwilliges Verzichten zu Gunsten der Gesamtheit und durch lebendiges Pflichtgefühl.

So freudig eine solche Läuterung der menschlichen Motive vom Standpunkt des kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritts zu begrüßen sei, so dürfen doch Pflichtgefühl und Gemeinsinn nur unter gewissen Bedingungen zur alleinigen psychologischen Basis der Volkswirtschaft gemacht werden, wie es der sozialdemokratische Zukunftsstaat beabsichtigt.[5]) Ein Appell an Gemeinsinn und Pflichttreue müsse von demselben Erfolge begleitet sein wie der an die private Initiative und Regsamkeit. Von dem Fortfall der Konkurrenz dürfe kein Rückgang der wirtschaftlichen Leistungen, von der Aufhebung des Privateigentums keine zügellose Volksvermehrung, und von der Steigerung der Staatsverantwortlichkeit dürfen keine politischen Gefahren zu befürchten sein. Auch dürfe nicht das kommunistische Gleichheitsideal des Genusses akzeptiert

---

[1]) U. Bd. 3, S. 132 - 133 und Bd. 1, S. 44 u. f.
[2]) U. Bd. 2, S. 165 u. f. (Kritik der liberalen Schule.)
[3]) U. Bd. 4, S. 328.
[4]) U. Bd. 2, S. 454.
[5]) U. Bd. 2, S. 452 u. 482 u. f.

werden, mit dem sich das Leben in ein bis zum Überdruß und Ekel ermüdendes Einerlei verwandeln werde.[1])

Ist dies aber wahrscheinlich? Werden die Menschen voraussichtlich so sittlich, wie es die Realisierung des sozialdemokratischen Zukunftsstaates voraussetzt? Als Antwort wird ein geschichtlicher Ausblick gegeben, der zwischen Pessimismus und Optimismus die Wage zu halten sucht[2]).

Entschieden sei die Geschichte der Gesellschaftsverfassungen nicht im Sinne einer ewigen Konstanz der Dinge auszulegen, als ob es sich immer wieder um eine Variation des alten Schauspiels handle[3]), daß von einer egoistischen Minderheit die weniger durchgebildete Majorität geknechtet werde. Zwar zeige auch die vom Liberalismus beherrschte Gegenwart ein trübes Bild. Dem offnen Faustrecht des Mittelalters sei ein verstecktes gefolgt, das gleich einem schleichenden Gift die Betroffenen dahinsiechen lasse, dem Raubrittertum des Schwertes das des Kapitals. Nicht, um Irrtümer abzuwehren, das Kapital als solches oder der Kapitalzins sei anzugreifen[4]), sondern das „destruktive Kapitalistentum“[5]), das mit seinen Kapitalien nicht die Produktion, sondern die Übervorteilung und Ausbeutung anderer anstrebe, das, ohne jeglichen Gemeinsinn und Idealismus, nichts höheres kenne als Geld und Gelderwerb. Ebensowenig aber wie hier von den Bevorrechteten die Forderungen des Sittengesetzes nicht beachtet werden, ebenso wenig werden sie es von der am meisten entrechteten Volksschicht, dem Proletariat. Not und Entbehrungen, verbunden mit einer brutalen Vergewaltigung, haben seine sittliche Kraft im Lebensnerv getroffen[6]).

Indessen dies trübe Bild zerstöre nicht den Glauben an den

---

[1]) U. Bd. 2, S. 449.

[2]) U. Bd. 1, S. 219 u. f. und Bd. 3, S. 132.

[3]) U. Bd. 2, S. 447.

[4]) Vergl. die Stellung Winkelbergs zum Renteneinkommen. U. Bd. 1, S. 334 (Anmerk.) und Bd. 3, S. 580, u. f. S. 703.

[5]) Ein unklarer Begriff, der wie auch das Folgende die übertriebene Feindschaft Winkelblechs gegen den Privatkapitalismus erkennen läßt.

[6]) U. Bd. 1, S. 94—105.

sittlichen Fortschritt. Bereits protestiere das moderne Rechtsbewußtsein gegen die antike Auffassung, daß es gleichgültig sei, wieviel Persönlichkeiten hingeopfert werden, um einem Freien ein Übermaß von Bildungsmitteln zu gewähren. Es fordere eine dem Stande der modernen Wirtschaft und den Ideen der geistigen Kultur entsprechende Entfaltung einer jeden menschlichen Persönlichkeit. „Und ist nicht eine stetige Linderung der Klassengegensätze zu konstatieren?" „Führt nicht der Weg von der indischen Kasteneinteilung über das Sklaventum des antiken Rom zur Hörigkeit des Mittelalters, und ist nicht über diese hinaus von der modernen Zeit die Rechtsgleichheit aller vor dem Gesetz erkämpft worden?"[1]) Auch ist von einer gerechteren Wirtschaftsverfassung ein weiterer sittlicher Aufschwung, vor allem des Proletariats, zu erwarten. Man berücksichtige, daß die meisten Verbrechen Verbrechen gegen das Eigentum sind und bei einer gleichmäßigen Einkommensverteilung stark zurückgedrängt werden[2]), und ferner, daß mit dem Aufheben des sozialen Elends dem Proletariat die körperliche Spannkraft zurückgegeben wird, die Voraussetzung der sittlichen Energie.[3])

Doch der in Aussicht stehende sittliche Aufschwung dürfe auch nicht überschätzt werden. Zwar sei es möglich, daß die psychologischen Voraussetzungen des sozialdemokratischen Zukunftsstaates von einer entfernten Zukunft geschaffen werden, die Wahrscheinlichkeit spreche aber nicht dafür. „Denn auch die gerechteste Wirtschaftsverfassung vermag nicht die letzte Ursache aller Unsittlichkeit zu zerstören, die sündhafte Natur des Menschen". (Will sagen die Gewalt der das Sittengesetz überspringenden menschlichen Leidenschaft.) „Selbst die Aufhebung des Privateigentums würde das Streben nach müheloſem Genuß nicht unterdrücken, sondern nur in neue Bahnen lenken." Wer unsittlich genug ist, nach Genuß auf Kosten des Nächsten zu trachten, wird keinen Anstand nehmen, dasselbe

---

[1]) U. Bd. 1, S. 220 und Bd. 3, S. 94.
[2]) U. Bd. 2, S. 443 (Anmerk.)
[3]) U. Bd. 1, S. 89 u. f.

auf Kosten der Gesellschaft zu tun." „Ja, die volle Vermögensgleichheit vorausgesetzt, wäre damit eine Zufriedenstellung aller menschlichen Leidenschaften gegeben?" „Blieben nicht vor allem die geschlechtlichen Konflikte?" „Bliebe nicht überhaupt der Kampf um alle persönlichen Güter, und würde derselbe nicht um so heftiger entbrennen, je weniger der um die sachlichen möglich wäre?"[1])

Somit weist Winkelblech auf der Basis seiner Weltanschauung den sozialdemokratischen Zukunftsstaat als utopisch, als unwahrscheinlich für absehbare Zeiten zurück und unseres Erachtens mit Recht. Demnach ist ein Zukunftsstaat zu erwarten, der das Privateigentum an den Produktionsmitteln, die freie Konkurrenz und die private Unternehmertätigkeit nicht radikal wie der sozialdemokratische aufheben wird, wohl aber auf das Äußerste beschränken kann.

---

[1]) U. Bd. 2, S. 444—446.

Zweiter Teil.

Der objektive Produktionsplan des Zukunftsstaats.

Zur Einführung ein Wort über Größe und Lage des Gebiets. Bereits hier dokumentiert sich der realistische Sinn Winkelblechs. Er verlegt seinen Zukunftsstaat nicht wie Thomas Morus seine Utopia auf eine Insel „Irgendwo" des Weltmeeres, noch wie Hertzka sein „Freiland" auf die Hochlande des Kenia im schwarzen Erdteil, sondern auf deutsche Erde.[1]) Auch berechnet er seinen volkswirtschaftlichen Aufriß nicht für ein Duodezländchen, sondern für ein Millionenreich, genauer eines mit 70 Millionen Einwohnern. Sein Ideal ist ein Großdeutschland, ein einheitlicher, nicht bundesstaatlicher Staat,[2]) der die heutigen 25 deutschen Bundesstaaten und die deutschen Provinzen der österreichisch-ungarischen Monarchie umfaßt und, wie er begeistert meint, in gewaltiger Machtstellung von der Nord- und Ostsee bis an das Mittmeer reicht. Wir sagen ausdrücklich sein Ideal, denn das doktrinäre Festhalten dieses Gedankens wird abgelehnt, da er bedingt sei „von der politischen Weltkonjunktur, von der Entwicklungsstufe des Verkehrs und der Arbeitsteilung, von der wirtschaftlichen Interessengemeinschaft beider Länder, resp. der Leichtigkeit, den nötigen Zollschutz durchzuführen". Über die Verwirklichung dieses Reiches, das uns noch weniger

---

[1]) Obwohl England gemeint ist, bleibt doch die Fiktion eines zufällig von einem Reisenden entdeckten, unbekannten Landes gewahrt.

[2]) U. Bd. 1, S. 315. Der Ausdruck Föderalismus, den Winkelblech für seine Sache gebraucht, bezieht sich nicht auf das Politische. Der Bundesstaat wird als eine Zersplitterung der Souveränität verworfen.

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

glaublich erscheint als ein deutsch-österreichischer Zollverein. Ähnlich spricht sich Winkelblech im Jahre 1850 in scharfer Erkenntnis der politischen Situation folgendermaßen aus[1]): „Dies Reich war nur durch einen Vernichtungskrieg zwischen Preußen und Österreich zu erringen!" Und bitter wird mit Bezug auf den Tag von Olmütz hinzugefügt: „Ein Krieg, zu dessen Führung Preußen der Mut, Österreich die Kraft gebricht." Die Forderung der politischen Einigung Deutschlands wird auch sonst klar ausgesprochen.

Über die Lösung der aus der Größe der Volkswirtschaft sich ergebenden Schwierigkeiten vergleiche vor allem die Absatzorganisation. Den Rest der politischen Reformen bringen wir im Anhang.

I.

Die handelspolitische Gesetzgebung basiert auf einer interessanten Kritik der modernen Verflechtung der nationalen Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft, beziehungsweise der industriestaatlichen Entwickelung. Auf diese kritischen Ausführungen ist unseres Erachtens weit mehr Gewicht zu legen als auf die positiven, die durch eine schwerfällige Terminologie nicht nur äußerst unklar[2]), sondern auch so allgemein gehalten sind, daß selbst eine freihändlerische Auffassung mit ihnen gedeckt werden kann. Trotzdem müssen sie im schutzzöllnerischen Sinne aufgefaßt werden, wie sich aus älteren Stellen ergibt, die bereits für eine autarkische Volkswirtschaft plädieren[3]).

„Seitdem alle Teile der zivilisierten Welt durch Eisenbahnen oder Wasserstraßen mit einander verbunden sind, seitdem *ein* Handelsnetz über den Erdkreis gebreitet ist und alle Völker in sich aufgenommen hat, seitdem ist die Abgeschlossenheit (Eigenwirtschaft) der

---

[1]) Vergleiche hier und im folgenden U. Bd. 1, S. 314 (Anmerkung) und S. 407/8 (Anmerkung).

[2]) Vergl. die Unterscheidung zwischen Gemein- und Sonderprodukten, auch den Ausdruck spezifische Natur- und Arbeitsprodukte. U. Bd. 2, S. 78/79.

[3]) Vergl. die handelspolitische Gesetzgebung des ersten Entwurfs. U. Bd. 1, S. 218 und S. 323, ferner Bd. 3, S. 43 u. f.

Staaten zerstört und zugleich das ruhig dahingleitende Leben unserer Vorfahren vernichtet. Ein unbeständiges, rastlos verlaufendes ist an seine Stelle getreten. Wirkung und Gegenwirkung einer den Gang der Industrie bedingenden Gesetzgebung beschränken sich nicht mehr auf die Bewohner von Städten und Provinzen, sondern erstrecken sich über ganze Länder und Weltteile. Ein in dem einen Lande (England) erlassenes Gesetz vermag die soziale Schichtung ganzer Distrikte eines anderen Kontinents umzugestalten. Die frühere Selbstständigkeit ist verloren. Wir müssen sie wiedergewinnen, indem wir die gewaltige Bewegung, der unsere Ruhe zum Opfer gefallen ist, beherrschen[1])!" Aber wie? Durch eine industriestaatliche Entwickelung?

Winkelblech protestiert gegen den landläufigen industriestaatlichen Optimismus. Er legt seine Anschauungen in einer Kritik Lists, des glänzenden Agitators für einen allerdings nur vorübergehenden industriellen Schutzzoll, nieder[2]). „List läßt sich blenden von dem Glanz der industriellen Größe, weil er sich von dem Streben nach derselben nicht losreißen kann. Gewiß ist die Ausbildung einer Industrie im kolossalen Maßstabe möglich, wie das Beispiel Englands zeigt. Aber die Größe und Kraft dieses Industriestaats κατ' ἐξοχήν wird gewaltig überschätzt, ist durch und durch trügerisch. Die momentan unleugbar glänzenden Vorteile bedingen spätere Niederlagen, und Völker dürfen ihre Pläne nicht wie Privatleute auf Menschenalter, sondern müssen sie auf Jahrhunderte berechnen. Man übersieht in der Regel die doppelte Abhängigkeit Englands: von den Staaten, welche die unentbehrlichen Nahrungsmittel liefern, und von denen, welche die unentbehrlichen Rohstoffe zur Verfügung stellen; beides aber ist eine Abhängigkeit, die nicht minder tief und gefährlich ist als die vom Industriestaat England."

Im folgenden trennt Winkelblech deutlich, wenn auch nicht mit klarer Betonung, die akute von der chronischen Gefahr in der industriestaatlichen Entwickelung.

---

[1]) U. Bd. 1, S. 218.

[2]) Vergl. hier und im folgenden U. Bd. 2, S. 101/369/375/383. Bd. 3, S. 53—55.

„Man darf nicht vergessen, daß Fabrikate sich leichter entbehren lassen als Lebensmittel, und daß Streitkräfte und materielle Mittel nicht ausschließlich über den Erfolg der Kriege entscheiden. Je mehr, und es ist dies als der Erfolg der verhängnisvollen Peel'schen Zollreform vorauszusehen, in England die unnatürliche Ausdehnung der Industrie gesteigert wird, um so stärker ist die Einfuhr ausländischer Lebensmittel und um so größer die Bevölkerungsquote, welche von ausländischer Nahrung lebt. Je unentbehrlicher aber die Kornzufuhr wird, um so drohender ist auch die Gefahr eines Seekrieges. Vergebens nennt sich England die Beherrscherin der Meere. Es zittert trotz seiner kolossalen Flotte vor einem Seekriege mit dem weit schwächeren Frankreich, weil jede Lähmung seines Handels eine Empörung des seiner Unterhaltsmittel beraubten Proletariats zufolge haben muß."

Nunmehr wendet sich Winkelblech zur chronischen Gefahr. „Wie mag es England ergehen, wenn seine Nahrungsmittel- und Rohstofflieferanten, dieselben, die zugleich die Abnehmer für englische Industrieprodukte sind, zur Einsicht über das schwache Fundament der englischen Macht gelangen. Sie werden sich vor dem Andrang englischer Fabrikate durch Schutzzölle schützen, ihre Rohstoffe selbst verarbeiten und ihre Nahrungsmittel für ihre eigene rasch anwachsende Bevölkerung zurückhalten. Somit ist der Lebensfaden dieses Industriestaates abgeschnitten!"

Daher bezeichnet Winkelblech als Grundbedingung einer gesunden Verflechtung der nationalen Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft vor allem die eigene Autarkie in Nahrungsmitteln und den wesentlichen Industrieprodukten,[1]) und zwar auf der breiteren Grundlage eines Großdeutschland.[2]) Ihre Verwirklichung erstrebt er durch strenge Einfuhrverbote, natürlich mit Übergangsmodus. Über diese Forderung hinaus ist er auch jeder Exportindustrie abgeneigt, die sich auf die Einfuhr ausländischer Rohstoffe und Halbfabrikate stützt, also durch deren Zurückhaltung unterbunden werden, oder aber die Autarkie eines anderen Staates verletzt und somit

[1]) U. Bd. 1, S. 323 und Bd. 3, S. 54 u. f.

[2]) Vergl. oben S. 14/15.

eines Tages auf geschlossene Zollmauern stoßen kann. Ob auch hier strenge Ein- und Ausfuhrverbote gelten oder ein Zwischenstadium vorgesehen wird, ist nicht ersichtlich. Ausnahmen sollen für den Verkehr mit den Tropen gelten, den, wie er mit List sagt, „von der Natur prädestinierten Rohstoffländern, denen die Kulturländer der gemäßigten Zone die Fabrikate zu liefern berufen sind."

Eine andere Voraussetzung Winkelblechs, die nachgetragen werden muß, ist, daß gewöhnliche Lebensmittel in Deutschland ebenso billig produziert werden können wie im Ausland (Ver. Staaten von Nordamerika, Argentinien, Rußland). Er erlebte den agrarischen Preissturz der letzten dreißig Jahre nicht und nimmt daher nicht ausdrücklich Stellung zu der Frage, wie weit eine kapitalkräftigere, mit allen Mitteln der modernen Agrikulturtechnik und -chemie arbeitende Landwirtschaft imstande ist, die ausländische Konkurrenz auszuhalten, das heißt, wie weit das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrage durch das vom zunehmenden kompensiert werden kann. Doch erwartet er von der Einführung des Großbetriebes in die Landwirtschaft einen kolossalen Aufschwung der einheimischen Produktion. Auch würde Winkelblech unseres Erachtens heute die Autarkieforderung nicht nur nicht weniger, sondern noch weit stärker betonen.[1]) Denn er stellte sie bereits zu einer Zeit auf, als Deutschland seine Autarkie in Getreide noch nicht verloren hatte. Dann aber protestierte er damals vereinzelt mit Roscher und Eisenhart gegen die Freihandelsrichtung, während heute das schon halb vergessene Autarkieproblem von Theorie und Praxis[2]) stärker in den Vordergrund geschoben wird.

II.

Wie Fichte zur Konzeption seines „geschlossenen Handelsstaates" außer von dem Gesichtspunkt der nationalen Dauer und Festigkeit von der Auffassung geführt wurde, daß die Konjunkturen

[1]) Die eigentümliche Terminologie Winkelblechs spricht dafür, daß er unbeeinflußt von Roscher u. a. zu seiner Auffassung gekommen ist.

[2]) Wir erinnern an die praktischen Versuche der Regierungen von England, Frankreich, Portugal und der Schweiz als Getreidereserven, Einfuhrverbote usw.

des Weltmarktes unübersichtlich sein, daher weit mehr die Krisengefahr verschärfen als beseitigen, so auch Winkelblech. Dies führt uns zu der Frage, wie in dieser Volkswirtschaft ein laufendes Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage ohne periodische Krisen hergestellt wird.

Wenn dieser Zukunftsstaat lediglich eine Variation des sozialdemokratischen wäre, so würden wir von dem staatlichen Handelsamt und dem ihm angegliederten Bankamt auszugehen haben. Auf diese allmächtigen Zentralen und ihre Organisation müßten wir unser Interesse konzentrieren, weil sie die Richtung der Produktion und Kapitalinvestierung im allgemeinen und für den einzelnen Betrieb bestimmen und demnach die Verantwortung dafür zu tragen haben, daß die nationale Produktion dem nationalen Konsum rechtzeitig und am bestimmten Ort, in gewünschter Qualität und Quantität die Güter zur Verfügung stellt, nach denen er verlangt. Da aber die Intentionen Winkelblechs nicht dahin gehen, die private Initiative und Regsamkeit in dem Maße auszuschalten, als es dort geschieht, so ist gerade unsere Aufgabe zu zeigen, wie weit hier die Regulierung der Produktion auf den Schultern des Staates ruht, wie weit in den Händen der privaten Unternehmermenge. Daher erscheint uns am zweckmäßigsten, mit der strikte verstaatlichten Produktion zu beginnen, in der der Staat unter Ausschluß jeder privaten Konkurrenz arbeitet (1). Dann wenden wir uns der Verstaatlichung im Bankwesen und Handel zu. Hier werden wir Staatsbetriebe finden, die Hand in Hand mit der privaten Initiative arbeiten, um eine planmäßige Produktion herzustellen, und zugleich werden wir hier der Frage nach der Freiheit des Privatkapitalismus näher treten (2). Im letzten Teile dieses Abschnittes soll der auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgende Staatseingriff in die Privatindustrie gezeichnet werden, ebenfalls in Hinsicht auf das Krisenproblem.

Bevor wir den Umfang der Verstaatlichung festlegen, muß korrekterweise ein Blick auf die Struktur des Staatsbetriebes in dieser Volkswirtschaft geworfen werden, denn von einer Unzweckmäßigkeit in dieser Richtung wird die Erreichung des Ziels, die

geschickte Anpassung der Betriebe an den Bedarf, im hohen Grade gefährdet werden, wie sich von selbst versteht.

Nur mit einer Ungenauigkeit im Ausdruck kann hier überhaupt von einer Verstaatlichung geredet werden. Präziser im Sinne Winkelblechs müßte es „Verbundlichung" oder mit einem Schäfflescheu Ausdruck „Veranstaltlichung "heißen. Die Organisation dieser Staatsbetriebe — als solche sind sie zu bezeichnen, weil die Angestellten Staatsbeamte genannt, also vom Staat ernannt werden — kennzeichnet sich durch vier Momente[1]):

(1) Es scheint, zwecks Vermeidung einer zentralistischen Schwerfälligkeit, ein alle Staatsbetriebe zusammenfassender Verwaltungskörper zu fehlen, jedenfalls sind die einzelnen Produktionszweige mur lose mit einander verbunden. Eine gewisse Obergewalt des Handelsamtes über den staatlichen Bergbau und Forstbetrieb wird sich indessen eo ipso mit der Zeit ergeben.

(2) Wie weit die Dezentralisation innerhalb eines Produktionszweiges geht, ist nicht ersichtlich; ausdrücklich wird aber betont, daß sie bald weniger, bald mehr durchgeführt werden soll. Straffer und zentralistischer wird das Transportwesen, freier und individualistischer der Handel organisiert sein.

(3) Sie hat keinen fiskalischen Nebengeschmack. In der Kassenverwaltung völlig getrennt, führen diese Staatsbetriebe dem Staatshaushalt keine Einnahmen zu. Eine Verzinsung der staatlichen Kapitalien findet selbstverständlich statt.

(4) Die Reinerträge fließen unter die Beamten, Angestellten und Arbeiter, um dem Stimulus der wirtschaftlichen Sonderinteressen gerecht zu werden, natürlich unter Befolgung einer objektiv vorteilhaften Preispolitik.

Da eine Modifizierung dieser Prinzipien auf Grund gegebener Umstände und Zwecke ausdrücklich vorbehalten bleibt, ist nicht ausgeschlossen, daß diese Staatsbetriebe bisweilen in vom Staat monopolisierte, mit Kapital ausgestattete Berufsgenossenschaften überfließen. In dieser Form ist ihre Konzeption in Hinblick auf eine

[1]) U. Bd. 1, S. 319 und Bd. 4, S. 307 u. f.

vielleicht voraussichtliche Entwicklung des Kartellwesens nicht ohne Interesse. Auch sonst dürften diese Staatsbetriebe wohl als aktivere und kaufmännisch-leistungsfähigere Organisation bezeichnet werden als die heutigen, allein auf Pflichtgefühl und Ehrgeiz aufgebauten. Gegen sie spricht allerdings das große Bedenken, daß durch den Ausfall der Erwerbseinkünfte ein stärkeres Anziehen der Steuerschraube unvermeidlich wird.

(1)

Ohne Privatkonkurrenz arbeitet der Staat im Forst- und Bergbau (a), im Eisenbahn-, Post- (b) und Versicherungswesen (c), bei öffentlichen Bauten (d). Soweit hier die Frage der planmäßigen Anpassung der Betriebe an den Bedarf in Betracht kommt, dürfte sie vom Staat bei der Struktur dieser Staatsbetriebe gelöst werden können. Prüfen wir, wie weit die vorgeschlagene Verstaatlichung sich sonst rechtfertigen läßt,

(a) des Forst- und Bergbaus.

Zunächst zeige ein Blick auf die Statistik des status quo die Größe der gestellten Aufgabe. Von den 13,9 Mill. ha. Waldbestand befinden sich 6,5 Mill. in Privatbesitz, gegenüber 7,4 Mill. in Staatsbesitz[1]). Demnach wäre etwas weniger als die Hälfte zu verstaatlichen. Noch größer ist die Aufgabe bezüglich des Bergbaus. Von der Summe aller Bergwerkserzeugnisse ist ungefähr nur der neunte Teil, von der aller Salze der dritte[2]) in staatlichen Betrieben erzeugt worden. Vorteilhafter wäre das Bild bei Heranziehung der kartellierten Produktion, was bei der eigentümlichen Struktur dieser Staatsbetriebe (mit allem Vorbehalt) berechtigt wäre.

So sehr die Verstaatlichung des Forst- und Bergbaus dem zu Winkelblechs Zeit herrschenden liberalen Dogma widerspricht, so sehr dürfte sie mit der gegenwärtigen Auffassung in Einklang sein,

[1]) 4,7 Mill. im eigentl. Staatsbesitz, 2,7 Mill. im Besitz juristischer Persönlichkeiten (als Gemeinde-, Stiftungs-, Genossenschaftsforst) auf Grund des Besitzstandes 1900.

[2]) 110,5 gegenüber 13 Mill. in 1000 Tonnen Erz, bei Salzen 672000 gegenüber 238000 nach der Statistik des Jahres 1894.

allerdings weniger bezüglich des Forstbaus. Hier scheint, abgesehen von der Schwierigkeit der Durchführung die Verstaatlichung über das Ziel hinauszuschießen, welches sich das Staatsinteresse zu stecken hat. (Schutzwälder, Raubbau, natürlicher Waldboden, klimatischer Einfluß.) So ist dies Zukunftsmusik.

Realistischer ist die Verstaatlichung des Bergbaus. Abgesehen von der eminent steigenden Bedeutung der Eisenerze und Kohlen bei dem rapiden Tempo unserer industriestaatlichen Entwicklung rechtfertigt sie sich in Hinblick auf die Gefahren der modernen Kartellbewegung.[1]) Ja, sie dürfte bei der autarkischen Schutzzollpolitik dieser Volkswirtschaft die praktischste Lösung sein. Bekanntlich ist das einschneidendste Gegenmittel gegen die egoistische Preispolitik der Kartelle bei dem vorwiegend nationalen Charakter derselben, sie unter das Hochwasser der ausländischen Konkurrenz zu setzen, und das wäre schlecht anzuwenden.[2])

(b) Weniger im Gegensatz zu Theorie und Praxis steht die Verstaatlichung des Post- und Eisenbahnbetriebes. Jener ist bekanntlich eine der ältesten Domänen der Staatsunternehmung, und, was diesen betrifft, so waren die deutschen Mittelstaaten bereits Ende der siebziger Jahre im Besitz eines wohlarrondierten Staatsbahnnetzes. Übrigens hat sich das Dogma von dem Segen der freien Konkurrenz der Eisenbahn gegenüber niemals so breit gemacht wie sonst.

(c) Gegen die Verstaatlichung des Versicherungswesens ist wohl wenig einzuwenden, zumal, wie später zu zeigen ist, ein gesetzlicher Versicherungszwang besteht[3]), der die private Initiative in der Verbreitung der Versicherung entbehrlich macht.

(d) Auch die Ausführung der öffentlichen Bauten durch den Staat erscheint im allgemeinen als zweckmäßig. Durchaus zu tadeln aber ist, — es ist dies auch bei dem unter a, b und c Gesagten

---

[1]) Wir erinnern an die großen Ausstände in den Kohlengrubengebieten von 1889.

[2]) Pohle. Die Kartelle der gewerblichen Unternehmer. Habilitationsschrift. Leipzig 1898. S. 127.

[3]) Vergl. weiter unten: Teil IV, Abschnitt 4.

zu berücksichtigen, — daß Winkelblech die Bedeutung der Kommunalverbände als wirtschaftlicher Körper nicht zu würdigen weiß. Auf persönliche, aber jedenfalls unberechtigt verallgemeinerte Erfahrungen gestützt, versagt er ihnen den Bau von Chausseen und Eisenbahnen, die Pflasterung von Straßen u. s. w., wie er ihnen bereits die Verwaltung ihres Forstbesitzes, den Betrieb ihrer Vizinal- und Straßenbahnen genommen hat. In derselben feindlichen Gesinnung überträgt er später die Regulierung des Trinkwassers und der Beleuchtung privaten Unternehmungen, die Sparkassen dem staatlichen Bankamt. Wenn irgendwo, so hat hier die tatsächliche Entwicklung die Auffassung Winkelblechs als einen pedantischen Radikalismus erwiesen. Daß die Kommunalverbände berufen sind, wirtschaftlich den Staat zu entlasten, politisch im Selfgovernment weite Volkskreise zu erziehen, das wird gänzlich übersehen und so dieser Zukunftsstaat um ein Moment der Realisierbarkeit wie um einen farbenprächtigen Zug beraubt.

(2)

(a) In der Organisation des Bankwesens ist zunächst die — Zweigstellen in jeder Gemeinde unterhaltende — staatliche Reichsbank hervorzuheben.[1]) Sie erteilt vorwiegend Realkredit. Neben ihr stehen besondere, auf Aktien gegründete Personalkreditbanken, deren Leitung wie bei der heutigen Reichsbank in den Händen des Staates liegt. Ihnen sind Kreditvereine angegliedert, die in unsicheren Fällen die Haftung für den erteilten Personalkredit übernehmen sollen.[2]) Über die Notenausgabe wie über die Geschäftsprinzipien beider Banken fehlen jegliche Details.

Es ist ersichtlich, daß diese Organisation des Bankwesens nicht ein Stück des sozialdemokratischen Zukunftsstaats ist. Wir haben nicht jene allmächtige Bankzentrale vor uns, die den Unternehmern die zur Produktion unentbehrlichen Kapitalien nach einem gewissen, nicht von der Kreditwürdigkeit bestimmten Modus über-

[1]) Vergl. hier und im folgenden U. Bd. 1, S. 322 und Bd. 4, S. 60.

[2]) Über die sozialpolitisch erfreuliche Ausdehnung des Personalkredits vergl. weiter unten Teil 4, Abschnitt 2.

weist, vielmehr wird auf der Grundlage der modernen Kreditwirtschaft und des Privateigentums an den Produktionsmitteln gearbeitet. Nur den Staatsbetrieben gegenüber ist dies zu modifizieren. Somit liegt, was das Bankwesen anbetrifft, auch in dieser Volkswirtschaft die Möglichkeit für die Entstehung von Kreditkrisen vor, die in der sozialdemokratischen auf jeden Fall dem Namen nach antiquiert sind. Wie sich die Banken ihnen gegenüber verhalten, ist nicht ersichtlich, da, wie bereits bemerkt, nur die allgemeinsten Umrisse vorliegen.

Wir schalten hier ein, daß eine Krisis in dieser Volkswirtschaft leichter überwunden werden könnte, weil die Verschuldung keine so große Rolle dabei spielen würde. Denn das Prinzip der Barzahlung beherrscht den Verkehr mit dem Publikum und drängt das schädliche Borgsystem ganz zurück[1]). Auch für den Verkehr zwischen Geschäftsleuten wird ein kurzfristigerer Kredit gefordert, was in Hinblick auf die Krisengefahr heilsam sein kann, doch ist die Bestimmung, daß nur 1—2 wöchentliche Wechsel kursieren dürfen, zu radikal. Weiter ist auf die gegen das spekulative Kapital gerichtete Gesetzgebung hinzuweisen. Sie würde vor allem die Börsenspekulation kolossal einschränken, auf die, — wenn ohne reale Unterlage — bekanntlich ein großer Teil der Krisen zurückzuführen ist. Wir bringen sie später in einem anderen Zusammenhange[2]).

(b) Die Verstaatlichung im Warenhandel, nehmen wir dies vorweg, umfaßt nicht alle Produkte. Ausgeschlossen bleibt der ganze Export und Import, im Binnenhandel ein kleiner — nicht genau bestimmter — Teil[3]). Es kann an Ausnahmen im Bereich der Modewaren wie an die leicht verderblichen Produkte der Lebensmittelbranche gedacht werden. Wahrscheinlich werden die großen Speiseunternehmungen direkt mit den landwirtschaftlichen Großbetrieben in Verbindung treten[4]). Das Handelsamt ist also nicht nur Detailist, unterhält nicht nur Kaufhallen an jedem Platz,

[1]) Vergl. U. Bd. 3, Kap. 30.
[2]) cfr. Teil 4, Abschnitt 1.
[3]) U. Bd. 1, S. 320 u. Bd. 2, S. 339.
[4]) Siehe weiter unten. Teil 5, Abschnitt 3.

in denen es die Produkte des Einzelbedarfs an den Mann bringt, sondern übernimmt auch den Verkauf von Massenartikeln an die großen Kunden, die Produzenten, teils auf Muster, teils aus den gelagerten Vorräten.

Da es unwahrscheinlich ist, daß bei der Verstaatlichung des Forst- und Bergbaus ein verteuernder Zwischenhandel zugelassen wird, so ist das Handelsamt diesen Staatsbetrieben gegenüber als das Produktionsamt anzusehen, das den Sozialdemokraten vorschwebt, die kaufmännische Zentrale, die den einzelnen Betrieben quantum und quale der Produktion vorschreibt. Bei seiner Kenntnis des ganzen Angebots und der ganzen Nachfrage erscheint nicht ausgeschlossen, daß gefährlichere Produktionsschwankungen im Forst- und Bergbau vermieden werden können.

Anders ist die Stellung des Handelsamtes den Privatbetrieben gegenüber. Für diese wird — wenn anders, wäre das Privateigentum an den Produktionsmitteln lediglich formaler Natur — das Recht der vollen Betriebsfreiheit und der selbständigen, nach Angebot und Nachfrage sich richtenden Preisnormierung reklamiert.[1]) Jeder Produzent soll selbst entscheiden, was und wieviel er produzieren will. Eine gewisse Beschränkung dieses Rechtes erfolgt, wie später zu zeigen ist, durch die gesetzliche Konkurrenzregulierung. Das Handelsamt ist also den Privatbetrieben gegenüber in der Rolle eines Agenten gedacht, der dem Produzenten seine Waren verkauft und die Aufträge und Wünsche der Konsumenten übermittelt; es selbst sucht keine Handelsgewinne unter Ausnutzung der Konjunktur zu machen, begnügt sich vielmehr mit seinen Prozenten, beziehungsweise Gebühren, und überläßt das Risiko der Produktion voll den Produzenten. Aber wenn es auch nicht berechtigt ist, auf dem Wege der Verwaltung eine Überproduktion zu verhindern, so kann es doch den Gesetzgeber zu Hilfe ziehen, wenn Schäden vorliegen. Auch wird es eine herannahende Überproduktion weit eher bemerken

---

[1]) Man berücksichtige hier und im folgenden die wichtige Bemerkung: „Zur Regelung der Privatindustrie ist nicht der Verwaltungsweg, sondern der der Gesetzgebung zu beschreiten.“ U. Bd. 2, S. 323.

und daher rechtzeitig den Rat zum Abstoppen der Produktion erteilen können. Über den genaueren Modus, in dem jeder Produzent zu seinen Aufträgen kommt, fehlen leider die Details, doch wird er je nach der Branche verschieden sein. Bald werden große Auktionen angezeigt werden, die namentlich zur zeitweisen Räumung der Lager und Kaufhallen unentbehrlich sind, bald werden die Waren, mit dem Namen des Produzenten deutlich gezeichnet, ausgestellt werden. Doch immer wird dieser berechtigt sein, einzulagern was und wieviel er will. Beschränkt wird dies Recht (abgesehen von der Hausordnung) nur durch die Lagergebühren, die mit der Zeit den Unternehmer zwingen werden, einen unrentablen Artikel zurückzuziehen, oder zur Auktion ansetzen zu lassen.

Unzweifelhaft könnte die Tätigkeit des Handelsamtes als Ratgeber der Produzenten wie auch sonst von großem Segen sein; aber, das darf nicht vergessen werden, nur bei einem pflichttreuen und kaufmännisch leistungsfähigen Beamtentum. Wie die Mitteilungen an die Produzenten ohne Bevorzugung öffentlich erfolgen müßten, so dürfte auch kein Unternehmer beim Ausstellen der Waren begünstigt werden. Vielfach könnte sich das Interesse der Unternehmer selbst schützen. Wenn eine Kliquenwirtschaft einrisse, wäre die Öffentlichkeit heranzuziehen. Auch dürften keine Veruntreuungen vorkommen. Ob alles dies zu erreichen wäre, ist heute schwer zu sagen. Die Erfahrungen der großen Warenhäuser lassen wenigstens die letzte Gefahr nicht in der Größe erscheinen als vorher, wenn auch noch sehr bedenklich. Immerhin erscheint uns dies Handelsamt interessant als ein Kompromiß zwischen Privatkapitalismus und Staatsbetrieb und um so mehr beachtenswert, als neuerdings auch Hertzka in der Lagerhausverwaltung seines Freilands etwas ähnliches geschaffen hat. In einem Punkte dürfte er von Winkelblech hier lernen können, in dem, daß dieser die Tätigkeit seines Handelsamts durch die im folgenden zu zeigende Gesetzgebung gegen die freie Konkurrenz eminent erleichtert.

(3)

(a) Im Gegensatz zu Freiland, wo — wie in der freien Verkehrswirtschaft überhaupt — Angebot und Nachfrage über das

ganze Zollgebiet sich frei bewegen, wird hier die Kundschaft auf der Grundlage des Gebiets an die Produzenten verteilt. Der Gesetzgeber zieht — den Maschen eines Netzes vergleichbare — Schranken, die den Absatz innerhalb des umschlossenen Gebietes zum Monopol bestimmter Produzenten machen. Die Aufteilung erfolgt aber nicht wie in der Utopia des Thomas Morus so, daß jede Provinz, auf der Grundlage der totalen Eigenproduktion organisiert, nur zum Ausgleich vorübergehender Produktionsschwankungen aus ihrer Isolierung heraustritt, vielmehr wird die Vermessung für jeden Produktionszweig von neuem vorgenommen[1]).

Erstens wird dadurch die Einheit des volkswirtschaftlichen Organismus erhalten und zugleich die Möglichkeit für die einer großen Volkswirtschaft entsprechende Arbeitsteilung gegeben; und zweitens wird so die Anpassung der Absatzgebiete an die Eigenart der einzelnen Produktionszweige ermöglicht.[2]) Wenn nur Kleinbetriebe in Betracht kommen, wird die Absatzorganisation lediglich auf lokaler Grundlage ruhen; in der Regel werden die Bezirke größere Territorien, eine oder mehrere Provinzen umfassen.[3])

Im Unterschied von der modernen Gebietskartellierung höherer Ordnung[4]) wird aber nicht ein Produzent, sondern werden immer mehrere derselben Branche für einen Bezirk monopolisiert. Der Zutritt zu einer wie der Übertritt von der einen zur andern Gruppe

---

[1]) cfr. Bd. 3, S. 398 u. f., 412 u. f. ferner den Protest gegen das Zunftsystem, Bd. 1, S. 154 u. f.

[2]) U. Bd. 3, S. 413. Die normale Größe der Bezirke (Ausnahmen sind gestattet!) hängt von der Stärke der betreffenden Produktionszweige (der Anzahl und Größe der Betriebe) und von der Versendbarkeit ihrer Materialien und Produkte ab.

[3]) So zum Beispiel beträgt die durchschnittliche Größe eines Bezirks in der Maschinen-, Wagen- und Farbwarenindustrie etwa $^1/_{10}$, für Spinnereien, Webereien u. s. w. einen geringeren Bruchteil des heutigen deutschen Zollgebiets. U. Bd. 3, S. 413/14.

[4]) Hier erhält jeder einzelne Kartellkontrahent für einen bestimmten Bezirk die Stellung eines Monopolisten. Vergl. die früher zitierte Schrift von Pohle, S. 27.

ist frei, natürlich im Rahmen der Gesetzgebung.[1]) Denn, wie es scheint, wird, wenn das Handelsamt in dem einen Bezirk ein Zuviel, in dem andern ein Zuwenig an Konkurrenz konstatiert, durch ein unter der Kritik der Öffentlichkeit stehendes Spezialgesetz[2]) die Aufnahme neuer Konkurrenten hier sistiert, um sie dorthin zu lenken, oder es erfolgt mit demselben Effekt eine gesetzliche Vergrößerung resp. Verkleinerung des betreffenden Bezirks. Ein Minimum an Konkurrenz ist ausdrücklich festgesetzt. Auch würde der Gesetzgeber einer etwaigen Preis- oder Betriebskartellierung der Unternehmer entgegentreten.[3])

Die heilsame Wirkung dieser Konkurrenzregulierung in Hinblick auf eine planmäßige Produktion braucht wohl nicht weiter erörtert zu werden. Auch deckt sie sich gegen die beiden großen Fehler des Zunftsystems, die technische Rückständigkeit und die in Verbindung mit einer Vetternwirtschaft erfolgende Entartung in ein schädliches Monopol. Denn sie enthält in der Flüssigkeit ihrer Absatzschranken das Mittel, sowohl Klein- wie Großbetriebe zu umspannen, in der öffentlichen, auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgenden Festlegung die Garantie gegen egoistische Sonderinteressen. Ihre Konzeption, die nicht auf Grund der Resultate der modernen Kartellbewegung erfolgte, zeugt entschieden von einem weiten Blick.

(b) Zwar unterbindet bereits die Absatzregulierung den Fernabsatz in einem gewissen Umfange, der Gesetzgeber sucht diesen aber noch weiter einzudämmen, in der richtigen Erkenntnis, daß durch ihn die Bildung fester Kundenverhältnisse erschwert, die Krisengefahr hingegen verstärkt werde. Es wird daher die Bestimmung getroffen[4]), daß der Standort der Privatbetriebe innerhalb ihrer Absatzgebiete zu liegen komme. Somit würde eine gleichmäßige Verbreitung der Industrie stattfinden. Da Winkelblech ohne jede Übertreibung be-

---

[1]) U. Bd. 1, S. 321.

[2]) U. Bd. 2, S. 273 u. 322.

[3]) U. Bd. 1, S. 105 u. i. f.

[4]) U. Bd. 3, S. 398. Vergl. das Register unter Dezentralisation der Industrie, Fernabsatz.

haupten zu dürfen glaubt, „daß die Mehrzahl der heutigen Betriebe falsch oder ganz unnatürlich situiert sind“ [1]), berücksichtigt er bona fide nicht, daß beim Transport der Rohstoffe weit mehr zugesetzt als bei dem der Fabrikate gewonnen würde. Ob Winkelblech auch gegen dies Moment für eine Dezentralisation der Industrie sich entscheiden würde, muß dahingestellt bleiben, ist aber nicht unwahrscheinlich, weil ihm das Zusammenströmen der Menschen in die Industriezentren vom sanitären Gesichtspunkt nicht ohne Recht unerwünscht ist.

(c) Die Tätigkeit des Handelsamtes wird weiter erleichtert durch die weitgehende Kombination [2]) verschiedener Branchen und Produktionszweige, der Müllerei und Bäckerei u. s. w., aber auch der landwirtschaftlichen und industriellen Tätigkeit. Dadurch würde nicht nur die Zahl der Produzenten abnehmen und ein partieller Übergang zur Eigenwirtschaft erfolgen, sondern eine geschickte Kombination würde auch einen höchst erfreulichen Ausgleich zwischen der Saison der einen und der toten Zeit der andern Branche herstellen können. (Man berücksichtige die heutige Leutenot auf dem Lande.) Ob indessen diese kombinierten Betriebe wirtschaftlich leistungsfähig sein würden, ist eine andere wohl zu verneinende Frage. (Vergl. weiter unten Teil 4, Abschnitt 2.)

Auch die Reformen der Unternehmungsform und der Betriebsgröße enthalten Beiträge zur Lösung des Problems planmäßiger Produktion. (cfr. die Einkommensverteilung.)

---

[1]) U. Bd. 3, S. 414.

[2]) in der Hand einer Unternehmung. U. Bd. 3, S. 424 u. f.

Dritter Teil.

Die Berufs- und Postenwahl.

Da der Staat nur im Bereich der Staatsbetriebe Arbeitgeber ist, während über die sonstige Arbeitsgelegenheit der Privatunternehmer verfügt, so ist keine Rede davon, auf dem Wege des variablen Arbeitstages allen Arbeitsfähigen Arbeit zu verschaffen. Das Recht auf Arbeit wird eben nur in dem Maße anerkannt, daß jeder Arbeitswillige berechtigt ist, Gelegenheit zu unqualifizierter Handarbeit durch öffentliche Arbeiten gegen einen das Existenzminimum deckenden Lohn zu fordern. Beschäftigung entsprechend der Ausbildung wird nicht garantiert.[1])

Wohl aber sucht analog der Stellung des Handelsamtes auf dem Warenmarkte ein „statistisches Arbeitsamt“[2]) auf dem Arbeitsmarkte das Verhältnis von Angebot und Nachfrage zu klären und einen Ausgleich zwischen beiden Größen zu schaffen, vor allem durch einen weitgehenden Arbeitsnachweis, also auf dem Wege der Vermittlung, ohne daß indessen seine rechtlichen Befugnisse auf die Besetzung der Stellen weiter gehen als die der heutigen, etwa kommunalen Arbeitsnachweise. Auch die laufenden statistischen Mitteilungen dieses Amtes über die Bewegung des Arbeitsmarktes können segensreich wirken, u. a. indem sie die vor die Wahl eines Berufes Gestellten warnen, das Angebot in bereits überfüllten Berufen zu vermehren. Den übermäßigen Zudrang zu den liberalen Berufen dürften sie aber nicht verhindern, was Winkelblech mit Unrecht annimmt.

[1]) U. Bd. 1, S. 321.

[2]) U. Bd. 2, S. 330 und Bd. 4, S. 42.

Abgesehen von den bei der Absatzregulierung erwähnten Spezialgesetzen über die Niederlassung wird das Konzessionssystem (im weiteren Sinne) nur im Rahmen der heutigen Gesetzgebung vertreten. (Apotheker, Schankgewerbe usw.)[1]). Interessant als ein Beitrag zur Lösung der Handwerkerfrage ist, daß im Bereich der Kleingewerbe die Niederlassung von einer gleitenden Altersgrenze abhängig ist, die je nach dem Andrang in den verschiedenen Handwerken vom Gesetzgeber erhöht, beziehungsweise erniedrigt wird.[2]) Die Bestimmung, daß für alle Unternehmer der Befähigungsnachweis verlangt wird, hat weniger den Zweck der Regulierung von Angebot und Nachfrage, obwohl sie natürlich in dieser Richtung (abschreckend) genutzt werden kann.[3])

Die Wahl des Arbeitspostens in der Privatproduktion wäre demnach von denselben Momenten abhängig wie heute.

---

[1]) U. Bd. 4, S. 306 u. f.
[2]) U. Bd. 2, S. 335.
[3]) U. Bd. 4, S. 306.

Vierter Teil.

Die Einkommensverteilung.

Gemäß der Stellung Winkelblechs zum Kapitalzins — dieser ist berechtigt, damit der Trieb zur Kapitalisation ungeschwächt bleibe — erfolgt die Verteilung des Produktionsertrages nicht unter Aufhebung des Kapitalzinses als Einkommens nicht arbeitender Personen. So wenig sympathisch unserem Autor ein müßiges Rentnerleben ist, prinzipiell ist die Möglichkeit zu einem solchen auch in dieser Volkswirtschaft gegeben.

Dagegen geht der Gesetzgeber in einem scharfen Tempo daran, eine gleichmäßigere Einkommensverteilung zu erzielen. Er steht unter dem Eindruck der heute erfreulicher Weise als unberechtigt erkannten trüben Auffassung, „daß die endlose Regel der kapitalistischen Bewegung" die Konzentration der Kapitalien in den Händen weniger und die Verarmung der großen Volksmassen sei[1]). Auch bei ihm ist dieser Pessimismus wie bei Marx und anderen auf das Studium der seiner Zeit abnormen englischen Verhältnisse (Chalmers, Gaskell, Carlyle, Engels) zurückzuführen.

Von der Tatsache ausgehend, daß die großen Vermögen oftmals durch List und Betrug, durch Skrupellosigkeit im Wagen,

[1]) U. Bd. 1, S. S. 80, 118. „Der Reiche soll immer reicher, der Arme immer ärmer werden." „Verhalten sich doch alle Unternehmer untereinander wie Flüsse, wovon die stärkeren die minder starken in sich aufnehmen, um sich selbst wieder in stärkere zu ergießen, welche letzteren aber ihren ganzen Wasserreichtum dem gewaltigen Strom eines großen Unternehmers zuführen".

auf dem Wege des Spiels entstehen, aber ihre relative Gültigkeit überschätzend, läßt sich Winkelblech

I.

zu einer übertriebenen Gesetzgebung gegen das spekulative Kapital hinreißen, die dessen Elastizität fast gänzlich lähmen würde. Allerdings — das mildert den Vorwurf des Doktrinarismus — würde es in dieser Volkswirtschaft der spekulativen Unternehmertätigkeit nicht in demselben Umfange bedürfen als in der bestehenden. Denn auch hier gilt, wenn auch in abgeschwächtem Maße, was vom sozialistischen Staat gesagt werden kann[1]): „Das eigentlich spekulative Element in der Leistung des Unternehmers, die Verbindung von Geriebenheit, Kühnheit und Beharrlichkeit im Riskieren wird nahezu überflüssig, es stellt vom sozialistischen Standpunkt im heutigen Staat faux frais der Volkswirtschaft vor". Wir heben hervor:

(1) die Börsengesetzgebung. Wie der Gesetzgeber den Verirrungen des Spieltriebs entgegentritt, den Spielhöllen und hohen Wetten auf den Rennplätzen, wo nur zu oft die ganze Existenz riskiert werde, so dehnt er auch den Begriff des Spiels auf die reinen Differenzgeschäfte unter Verkennung des wenn auch begrenzten Nutzens derselben aus.[2]) Noch weniger berechtigt ist seine Stellung zu den Termingeschäften. Ihr großer Vorteil, daß sie das Risiko der Produktion auf mehrere Schultern verteilen, wird ganz ignoriert, wenn die Bestimmung getroffen wird, daß beim Abschluß der Geschäfte der laufende Marktpreis zu Grunde gelegt werden soll. Doch bedürfte es in dieser Volkswirtschaft vielleicht gar nicht eines Verbots der Termingeschäfte. Man berücksichtige

(2) die Reform des Waren- und Effektenmarktes. Die landwirtschaftlichen Produzenten dürfen nur die durchschnitt-

---

[1]) Oldenberg in der früher zitierten Schrift. S. 53.

[2]) U. Bd. 3, S. 20. Übrigens steht der § 764 des B.G.B. auf demselben Standpunkt.

lichen Produktionserträge auf den Markt bringen.[1]) Zugleich wird auf die bereits dem Altertum bekannte Einrichtung staatlicher Lagerhäuser zurückgegriffen. Bezüglich des Effektenmarktes ist vor allem auf das starke Zurücktreten der Aktie hinzuweisen. Die Unternehmungsform der Aktiengesellschaft wird nur in „sehr geringem Umfange" zugelassen. (Zur Ermittlung und Einführung neuer Methoden.)[2])

(3) Auch die Konkursordnung schießt über das Ziel hinaus. „Auf unredlichen Bankerott (derselbe liegt vor, wenn mehr als 40 % der Forderung verlustig geht) steht der Verlust des Rechts zum selbständigen Geschäftsbetrieb." Zudem droht der Schuldturm, „da Vermögensverheimlichung stets zu erwarten ist."[3])

II.

In diesem Zusammenhange ist ein Blick auf die kolossale Ausdehnung der Produktivgenossenschaften zu werfen. Diese Unternehmungsform ist für alle landwirtschaftlichen Großbetriebe wie für die Mehrzahl der industriellen, nämlich der in ländlichen Gemeinden, gesetzlich vorgeschrieben. Auch im Handwerk wird zur Förderung des Großbetriebes für Einführung der Produktivgenossenschaft plädiert, ohne daß indessen zu gesetzlichem Zwange gegriffen wird.[4])

Da die Produktivgenossenschaften bei Privateigentum an den Produktionsmitteln begründet werden sollen, ist die Frage aufzuwerfen, woher sie Kredit erhalten. So lange das Kapital ins Ausland abfließen kann, und das wird immer der Fall sein, wenn nicht die konkurrierenden Länder ebenso sozialpolitisch und gegen das spekulative Kapital vorgehen, werden sie bei Geschäftsleuten wenig Kredit finden. Kann das Kapital aber nicht abwandern — ob das zu verhüten und wie, verschweigt Winkelblech! — und hat die

---

[1]) U. Bd. 4, S. 309. Auch das Börsengesetz vom 22. Juni 1896 verbietet den börsenmäßigen Terminhandel gerade in Getreide und Mühlenfabrikaten.

[2]) U. Bd. 3, S. 435.

[3]) U. Bd. 3, S. 493 u. f.

[4]) U. Bd. 2, S. 582/3 und Bd. 3, S. 421 u. f.

Majorität des Reichstags die gesetzliche Anordnung der Produktivgenossenschaft im oben gezeigten Umfange durchgedrückt, dann ist die Wahrscheinlichkeit größer als auf den ersten Blick. Kapital, was zur Anlage drängt, ist genügend vorhanden und Kapital will verdienen. Andere Stätten des Verdienstes sind ihm nicht gelassen, und so wird es sich notgedrungen den Produktivgenossenschaften zuwenden.

Eine andere Frage ist, ob diese Gesetzgebung vom wirtschaftlichen Standpunkt zu begrüßen wäre. Denn nur wenn wir dadurch besser und billiger produzieren können als das Ausland, werden wir uns zu ihrer Annahme eventuell verstehen. Ganz abgesehen von dem Wie? der Durchführung, sprechen die mit Produktivgenossenschaften gemachten schlechten Erfahrungen dagegen. Auch dürfte die Kombination zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Großbetrieben die Schwierigkeit, mit dieser Unternehmungsform wirtschaftliche Erfolge zu erzielen, in hohem Maße steigern.

Demnach muß als höchst unwahrscheinlich bezeichnet werden, daß aus der immensen Ausbreitung der Produktivgenossenschaft die Erhöhung des Lohnniveaus resultieren würde, die Winkelblech in Aussicht stellt. Er rechnete wie viele seiner Zeit mit der Leistungsfähigkeit der Produktivgenossenschaft[1]) und kam deshalb zum Schlusse, daß die Elite der Arbeiterschaft sich ihr zuwenden würde. Damit wäre allerdings für die wenigen industriellen Großbetriebe, für welche die Produktivgenossenschaft als Unternehmungsform nicht vorgeschrieben ist[2]), die Notwendigkeit gegeben, höhere Löhne zu zahlen, das heißt mit einem geringeren Profit zu arbeiten.

III.

Die Größe der Betriebe. Wie Bebel und andere Sozialisten macht auch Winkelblech der modernen Produktion den Vorwurf „einer enormen Zersplitterung der Arbeitskräfte in Hundert-

[1]) Vergl. weiter unten die Vorschläge des Anhangs über die Produktivgenossenschaft.

[2]) Das sind die wenigen Aktiengesellschaften und die größten der industriellen Großbetriebe mit über 500 Arbeitern.

tausende und Millionen von Zwergbetrieben, die mit unvollkommensten Werk- und Arbeitsmitteln arbeiten." [1]) Dementsprechend wird nicht nur jede Hausindustrie abgeschafft, sondern der Kleinbetrieb überhaupt in einem größeren Umfange zurückgewiesen, als seine Existenz zu halten wäre. Gegenüber dem status quo, daß von 1,3 Millionen Meistern $^3/_4$ ohne Gesellen arbeiten, der Rest aber 2—5 Personen beschäftigt,[2]) ist hier die gesetzliche Minimalgröße für Kleinbetriebe 6—10 Personen Arbeitskräfte pro Betrieb.[3]) Ob durch einen raschen Schnitt oder sukzessive (wir erinnern an die gleitenden Altersgrenzen) der Übergang erfolgen soll, ist nicht ersichtlich. Auch im Bereich der Großbetriebe wäre eine radikale Vergrößerung zu erwarten. Auf die landwirtschaftlich-gewerblichen werden von Winkelblech durchschnittlich 250—500 Arbeitskräfte gerechnet.[4]) So sind mindestens 100—200 Arbeiter auf einen landwirtschaftlichen Betrieb zu zählen. Da heute die Zahl aller landwirtschaftlichen Betriebe 5,2 Millionen, der in ihnen Berufstätigen 18,7 Millionen beträgt,[5]) also auf einen Betrieb durchschnittlich 3,59 Arbeitskräfte entfallen, so wäre der Unterschied ganz erheblich.

IV.

Wie dem Arbeitsfähigen das Existenzminimum garantiert ist[6]), so werden auch für den Arbeitsunfähigen schützende Vorkehrungen getroffen. Staatliche Alters-, Unfall-, Kranken- und Invaliditätsversicherungen gewähren dem ganz oder teilweise Arbeitsunfähigen eine das Existenzminimum voll oder zum Teil deckende Rente. Zugleich besteht eine Witwen- und Waisenversicherung. Der Beitritt zu allen ist obligatorisch. Der Kapitalstock wird durch die Beiträge der Beteiligten, durch die Erträge der

---

[1]) Bebel: Die Frau und der Sozialismus. 31. Aufl. S. 346.
[2]) pro 1895. Vergl. Statistisches Jahrbuch 1898.
[3]) U. Bd. 2, S. 554 und Bd. 3, S. 406.
[4]) U. Bd. 3, S. 406/418/421 u. f. Bd. 2, S. 554.
[5]) pro 1883 vergl. Statistisches Jahrbuch 1885.
[6]) U. Bd. 1, S. 322 u. Bd. 4, S. 59 u. f.

bisher üblichen Armensteuern und durch Staatszuschüsse aufgebracht. Letztere sollen mit der von Winkelblech erwarteten Erhöhung des Lohnniveaus in Fortfall kommen. So wird der Gedanke der Arbeiterversicherung, allerdings in etwas radikaler Fassung, klar und deutlich für diesen Zukunftsstaat fruchtbar gemacht, ein Gedanke, dessen Urheberschaft Winkelblech zuzuschreiben ist,[1]) und der seiner Zeit der öffentlichen Meinung durchaus nicht sympathisch war, vielmehr als utopische und unheilvolle Maßregel verschrieen wurde.

[1]) Nach Schäffle. Vergl. d. Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Jena 1890. I. Aufl. Bd. 1, S. 518.

Fünfter Teil.

Die Bevölkerungspolitik und sonstige Reformen.

I.

Im Unterschied von dem laxen Optimismus der meisten Sozialisten[1]) bezeichnet Winkelblech das Problem, Bevölkerung und wirtschaftliche Existenzbedingungen in Einklang zu bringen als „den Angelpunkt, um den sich fast alle nationalökonomischen Fragen drehen“[2]). Teils unter dem Druck der stockenden Erwerbsverhältnisse von 1800—1855, teils unter dem Eindruck der rapiden modernen Volksvermehrung, die Anfang der fünfziger Jahre in Hessen[3]) eine Übervölkerung zeitigte, befestigte sich bei Winkelblech die Auffassung, daß der wachsende Mangel der niederen Volksschichten ebenso sehr durch die Steigerung der Produktion (bez. bevölkerungspolitisch) gelöst werden müsse wie durch eine gleichmäßigere Einkommensverteilung. Die Vorliebe für den Großbetrieb, besonders in der Landwirtschaft, findet nicht zuletzt hieraus ihre Erklärung. Auch die autarkische Handelspolitik ist, wie gezeigt,

---

[1]) Wir erinnern an die Art, wie Marx den unbequemen Malthus abschüttelt. „Seine Schrift ein schülerhaft oberflächliches und pfäffisch vordeklamiertes Plagiat aus Sir James Stewart, Townsend, Franklin, Wallace, usw. das nicht einen einzigen selbstgedachten Satz enthält“. Zitiert bei Bebel, die Frau und der Sozialismus. 31. Aufl. Seite 440.

[2]) U. Bd. 2, S. 373.

[3]) Auch in Baden, Württemberg. Auf die hess. Verhältnisse nimmt Winkelblech, der in Kassel lebte, ausdrücklich Bezug. U. Bd. 4, S. 97. (Anmerkung.)

mit dem Hinweis auf die steigende Bevölkerung der Agrarstaaten, die uns heute mit Getreide versorgen, motiviert.

Aber wenn Winkelbech auch im ersten Bande seines Werkes in der Bevölkerungsfrage trüberen Anschauungen huldigt, so redet doch bereits aus dem um die Mitte der fünfziger Jahre erscheinenden 3. Bande eine freiere Auffassung.[1]) Nunmehr handelt es sich nach ihm zunächst um die empirische Klärung des Bevölkerungsproblems, und die bevölkerungspolitischen Maßregeln des 1. Bandes sollen erst dann in Kraft treten, wenn die Wissenschaft oder die bevölkerungspolitische Abteilung der Regierung eine Übervölkerung konstatiert hat.[2])

Doch wie soll diese festgestellt werden? Genauere Volkszählungen, detaillierte Statistiken über die tatsächliche Arbeitszeit in den verschiedenen Berufen, sorgfältige physiologische Berechnungen über den Nahrungsbedarf des Menschen unter Berücksichtigung des Alters, des Geschlechts, ob landwirtschaftliche oder industeielle Tätigkeit u. s. w., geben den Ausgangspunkt der Berechnungen, als deren Resultat die Sollproduktion in der Lebensmittelbranche gefunden wird. Die Istproduktion ist aus den Erhebungen des statistischen Amtes bekannt, die Differenz zwischen beiden läßt sich also leicht erkennen. Eine andere, wie uns scheint, praktischere Methode vergleicht die Zahl der Arbeitslosen mit dem Defizit von Angebot in den verschiedenen Berufen.

Die im Falle der Übervölkerung ergriffenen Maßregeln sind vorwiegend vorbeugender Natur und würden erfahrungsmäßig nach Laveleye nur die Zerrüttung der Sitten befördern, ohne das Wachstum der Bevölkerung aufzuhalten. Deshalb werde nur flüchtig auf sie eingegangen. Wir finden[3]) eine Rückkehr zu polizeilichen Schranken, zum Beispiel die Festlegung des Ehealters. Interessanter ist die Einrichtung von Kindergutkassen; für jedes Kind muß von den Eltern ein bestimmtes Kapital bei einer staatlichen Versicherungs-

---

[1]) Man stelle gegenüber U. Bd. 1, S. 426/7 und Bd. 3, S. 710.

[2]) U. Bd. 3, S. 306, 313, 332, 345. Bd. 4, S. 63 auch Bd. 1, S. 323.

[3]) U. Bd. 4, Kap. Bevölkerungspolitik.

Fünfter Teil.

Die Bevölkerungspolitik und sonstige Reformen.

I.

Im Unterschied von dem laxen Optimismus der meisten Sozialisten[1]) bezeichnet Winkelblech das Problem, Bevölkerung und wirtschaftliche Existenzbedingungen in Einklang zu bringen als „den Angelpunkt, um den sich fast alle nationalökonomischen Fragen drehen“[2]). Teils unter dem Druck der stockenden Erwerbsverhältnisse von 1800—1855, teils unter dem Eindruck der rapiden modernen Volksvermehrung, die Anfang der fünfziger Jahre in Hessen[3]) eine Übervölkerung zeitigte, befestigte sich bei Winkelblech die Auffassung, daß der wachsende Mangel der niederen Volksschichten ebenso sehr durch die Steigerung der Produktion (bez. bevölkerungspolitisch) gelöst werden müsse wie durch eine gleichmäßigere Einkommensverteilung. Die Vorliebe für den Großbetrieb, besonders in der Landwirtschaft, findet nicht zuletzt hieraus ihre Erklärung. Auch die autarkische Handelspolitik ist, wie gezeigt,

---

[1]) Wir erinnern an die Art, wie Marx den unbequemen Malthus abschüttelt. „Seine Schrift ein schülerhaft oberflächliches und pfäffisch vordeklamiertes Plagiat aus Sir James Stewart, Townsend, Franklin, Wallace, usw. das nicht einen einzigen selbstgedachten Satz enthält“. Zitiert bei Bebel, die Frau und der Sozialismus. 31. Aufl. Seite 440.

[2]) U. Bd. 2, S. 373.

[3]) Auch in Baden, Württemberg. Auf die hess. Verhältnisse nimmt Winkelblech, der in Kassel lebte, ausdrücklich Bezug. U. Bd. 4, S. 97. (Anmerkung.)

mit dem Hinweis auf die steigende Bevölkerung der Agrarstaaten, die uns heute mit Getreide versorgen, motiviert.

Aber wenn Winkelbech auch im ersten Bande seines Werkes in der Bevölkerungsfrage trüberen Anschauungen huldigt, so redet doch bereits aus dem um die Mitte der fünfziger Jahre erscheinenden 3. Bande eine freiere Auffassung.[1]) Nunmehr handelt es sich nach ihm zunächst um die empirische Klärung des Bevölkerungsproblems, und die bevölkerungspolitischen Maßregeln des 1. Bandes sollen erst dann in Kraft treten, wenn die Wissenschaft oder die bevölkerungspolitische Abteilung der Regierung eine Übervölkerung konstatiert hat.[2])

Doch wie soll diese festgestellt werden? Genauere Volkszählungen, detaillierte Statistiken über die tatsächliche Arbeitszeit in den verschiedenen Berufen, sorgfältige physiologische Berechnungen über den Nahrungsbedarf des Menschen unter Berücksichtigung des Alters, des Geschlechts, ob landwirtschaftliche oder industeielle Tätigkeit u. s. w., geben den Ausgangspunkt der Berechnungen, als deren Resultat die Sollproduktion in der Lebensmittelbranche gefunden wird. Die Istproduktion ist aus den Erhebungen des statistischen Amtes bekannt, die Differenz zwischen beiden läßt sich also leicht erkennen. Eine andere, wie uns scheint, praktischere Methode vergleicht die Zahl der Arbeitslosen mit dem Defizit von Angebot in den verschiedenen Berufen.

Die im Falle der Übervölkerung ergriffenen Maßregeln sind vorwiegend vorbeugender Natur und würden erfahrungsmäßig nach Laveleye nur die Zerrüttung der Sitten befördern, ohne das Wachstum der Bevölkerung aufzuhalten. Deshalb werde nur flüchtig auf sie eingegangen. Wir finden[3]) eine Rückkehr zu polizeilichen Schranken, zum Beispiel die Festlegung des Ehealters. Interessanter ist die Einrichtung von Kindergutkassen; für jedes Kind muß von den Eltern ein bestimmtes Kapital bei einer staatlichen Versicherungs-

---

[1]) Man stelle gegenüber U. Bd. 1, S. 426/7 und Bd. 3, S. 710.

[2]) U. Bd. 3, S. 306, 313, 332, 345. Bd. 4, S. 63 auch Bd. 1, S. 323.

[3]) U. Bd. 4, Kap. Bevölkerungspolitik.

anstalt hinterlegt werden, eine unseres Erachtens durchaus verwerfliche Maßregel. Sie würde eine für den modernen Menschen unerträglich enge Beziehung zwischen dem Besitz und dem geschlechtlichen Probleme herstellen und besonders die ärmeren Schichten des Volkes dem Neumalthusianismus in die Arme führen. Auch die vorgeschlagene Gleichstellung ehelicher und unehelicher Kinder dürfte den Zweck, der Verführung vorzubeugen, nicht erreichen, eher das Gegenteil bewirken, wie die empirischen Tatsachen zeigen.

II.

Im Sammelsack sonstiger Reformen komme zunächst die sanitäre zu Wort. (1) Vor allem protestiert Winkelblech gegen die großstädtische Entwicklung und die durch sie gegebene (a) „Entstehung besonderer Arbeiterviertel, die durch schlechte Bauart, Unreinlichkeit und verpestete Luft die physische Verkümmerung des Proletariats vollenden helfen",[1]) (b) Verödung des platten Landes. Als die zweckmäßigste Größe der Städte wird die Einwohnerzahl 50000, als die der Dörfer 1000—2000 bezeichnet. Zur Erreichung beider Ziele bestimmt der Gesetzgeber[2]) erstens, daß die „meisten" gewerblichen Großbetriebe ihren Standort in ländlichen Gemeinden erhalten; auch die zugehörige Bevölkerungsquote hat ihren Wohnsitz auf dem Lande zu nehmen; zweitens, daß die Dörfer nach Möglichkeit zusammengelegt werden. Wie es scheint, umfaßt die städtische Feldmark abzüglich der Gärten keine landwirtschaftlich nutzbaren Flächen.

Wie gewaltig die hierdurch geschaffene Veränderung sein würde, vergegenwärtige das Ergebnis der Zählung vom 1. 12. 1900. Danach betrug die Zahl der Städte mit über 100000 Einwohnern bereits 33 (die Gesamteinwohnerzahl 9,1 Millionen, von denen mindestens 7,5 ihren Wohnsitz zu verändern hätten), die der Städte mit 50—100000 Einwohnern zirka 40.

Die Tatsache, daß Winkelblech die enorme Entwickelung der Großstädte in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts

[1]) U. Bd. 1, S. 94.

[2]) U. Bd. 3, S. 399. „Kommunale Werklegung."

nicht erlebte, mag diesen Radikalismus erklären. Andererseits läßt, wie Vandervelde[1]) etwas optimistisch ausführt, ein aufmerksames Studium der inneren Wandlungen Anzeichen dafür erkennen, daß sich das Wachstum der städtischen Ansiedelungen verlangsamt. In gewissen Gegenden macht sich sogar eine rückläufige Bewegung nach dem Lande bemerkbar. Es ist eine allbekannte Tatsache, daß in den meisten großen Städten die Bevölkerung der inneren Bezirke sich vermindert. Diese Entwicklung begünstigt die Industrialisierung der Landwirtschaft, die Gründung industrieller Etablissements auf ländlichem Gebiete[2]) und fördert den zeitweiligen oder dauernden Wegzug der Städter nach dem Lande.

(2) In Hinblick auf die geistig und körperlich schädlichen Folgen einer zu weit getriebenen Arbeitsteilung fordert auch Winkelblech einen geordneten Arbeitswechsel. Dieser soll aber nicht wie bei Fourier nach 1½—2 Stunden eintreten, sondern je nach der Branche nach ½—14 Tagen[3]). Auch die Personalunion zwischen Landwirtschaft und Industrie gehört hierher; beide Berufszweige würden in längeren Perioden ihr Personal zum Vorteil der körperlichen Leistungsfähigkeit der Fabrikarbeiter wie der Volksgesundheit überhaupt austauschen, allerdings unter Inkaufnahme wirtschaftlicher Nachteile, die uns auf die Annahme der Personalunion verzichten lassen würden. Ferner ist in diesem Zusammenhange das vom sanitären Gesichtspunkte diktierte Verbot der Kinderarbeit zu erwähnen, sowie ein neuer Erziehungsplan, der weit mehr die körperliche Leistungsfähigkeit berücksichtigen soll[4]).

---

[1]) In dem Aufsatz „die Rückkehr nach dem Lande", Brauns Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik. 18. Bd., erstes und zweites Heft, Berlin, 1903. Daselbst folgende statistische Angaben für London: Es betrug die Zunahme in den Jahren 1881—1891 10,4%,
1891—1901 5,8%.

[2]) Schmoller bemerkt darüber: „Bei der steigenden Erleichterung des Güterverkehrs und den Fortschritten der Arbeitsteilung kann der Ort der Erzeugung von dem des Verbrauchs unendlich weit entfernt sein, wenn diese Entfernung eine Verringerung der Produktionskosten oder eine Verbesserung der Ware zur Folge hat. Das ist die Lösung der Zeit."

[3]) U. Bd. 3, S. 424 u. f. und Bd. 2, S. 548.

[4]) U. Bd. 1, S. 319.

III.

(1) Wie in der Utopia des Thomas Morus die spartanischen Syssitien auf breiterer Grundlage wieder aufleben, so klingt uns hier dieselbe Zukunftsmusik entgegen. Große Speisewirtschaften übernehmen allgemein die Zubereitung der Speisen und stellen Speisesäle zur Verfügung, beziehungsweise schaffen auf Wunsch die Speisen in die einzelnen Wohnungen. Auch beköstigen sie während der Arbeitszeit die Kinder.[1]) Realistischer ist der Vorschlag, von der Familienwirtschaft die Reinigung der Wäsche abzulösen und sie allgemein einigen großen Privatunternehmungen zu übertragen.[2])

(2) Eine Folge dieser Reform ist, daß weibliche Arbeitskräfte, wie Winkelblech glaubte, die Hälfte aller bisher im Haushalt tätigen, frei werden. Die Frauenfrage dürfte somit noch drängender sein als heute. Um sie zu lösen, wird bestimmt, erstens, daß die Frauen nicht nur allgemein, sondern auch beruflich eine bessere Ausbildung erhalten, und zweitens, daß ein Minimallohn für weibliche Arbeit festgelegt wird, und zwar in der Höhe, daß er den Betrag der physischen Notdurft des Mannes übersteigt.[3]) Beide Vorschläge dürften radikaler Natur sein. Der erstere würde unseres Erachtens unserem Kulturleben ein anderes Gepräge und eine vielleicht verhängnisvolle Wendung geben, und der zweite würde die Fabrikanten jener großen, heute auf Frauenarbeit aufgebauten Industrieen höchstwahrscheinlich veranlassen, entweder auf Frauenarbeit ganz zu verzichten, oder wo dies (bei der Natur der Industrie) nicht angängig, den Preis ihrer Produkte zu erhöhen. Damit aber ergibt sich die weitere Frage, ob sie die Konkurrenz des Auslandes auszuhalten vermögen, was wohl nicht der Fall sein dürfte.

---

[1]) U. Bd. 2, S. 559.
[2]) U. Bd. 2, S. 552.
[3]) U. Bd. 2, S. 520.

Anhang.

Zur Verwirklichung des Zukunftsstaates wird vorgeschlagen:

(1) Gewährung des allgemeinen direkten Wahlrechts[1]). (Gleiche Forderung bei Lassalle.)

(2) Erweiterung des Parlaments durch fachwissenschaftliche (besonders nationalökonomische und statistische) Berater und Kommissionen.

(3) Gründung eines Fortschrittministeriums[2]), das vom Staat mit pekuniären Mitteln ausgestattet, praktische Versuche zur Lösung der sozialen Frage anstellt. So gründet es versuchsweise Produktivgenossenschaften, läßt sie durch technisch-ökonomisch geschulte Männer verwalten, usw.

(4) Verwandlung der konstitutionellen Monarchie in eine demokratische Staatsverfassung.

Die beiden ersten Vorschläge sind realistischer Natur und liegen in der Richtung der tatsächlichen Entwicklung. Über den dritten Vorschlag läßt sich diskutieren. Es sei daran erinnert, daß Fürst Bismarck in eben jener großen Rede vom 17. September 1878, durch die er das Sozialistengesetz zur Annahme bringen wollte, mit der ganzen Offenheit seiner großen Natur erklärte: „Wir stellen im landwirtschaftlichen Ministerium Versuche an über landwirtschaftliche Systeme, wir versuchen auch wohl in unserer Fabrikation — wäre es nicht nützlich, auch in der Beschäftigung der Menschen und in dem Bestreben, die sogenannte sozialdemokratische, ich will lieber sagen soziale Frage durch Verbesserung des Loses der Arbeiter zu lösen, dergleichen Versuche zu erneuern?“[3]) Der vierte Vorschlag hingegen ist diktiert von einem politischen Radikalismus, der zwar verständlich ist als das Produkt der revolutionären vierziger Jahre und der persönlich erlittenen Verfolgungen, aber um so mehr als utopisch zu verwerfen ist, weil in diesem Zukunftsstaat der Eingriff des Staates in das Wirtschaftsleben eine kolossale Ausdehnung erfährt und um so gebieterischer eine feste Staatsgewalt verlangt.

---

[1]) U. Bd. 1, S. 327.

[2]) U. Bd. 2, S. 322.

[3]) Fürst Bismarcks Reden von Philipp Stein; 7. Bd., 1878—1880, Leipzig. Reklam. S. 90.

Sechster Teil.

Würdigung.

Wir brechen die Darstellung der Winkelblechschen Sozial- und Wirtschaftsordnung ab, wenngleich im einzelnen noch manches hinzugefügt werden könnte.

Über die — hier im Rahmen eines Zukunftsbildes ausgesprochenen — Forderungen und Vorschläge, wie tatsächlichen oder angeblichen Mißständen abzuhelfen sei, kann unseres Erachtens nicht ein und dasselbe Urteil gefällt werden. Man wird solches zum mindesten in dreifacher Weise abzustufen haben. Manche Vorschläge sind entschieden praktisch, zumal wenn sie nicht von heute zu morgen verwirklicht werden sollen und gewisse Modifikationen gestattet sind. Neben ihnen finden wir eine große Reihe von Einrichtungen und Gesetzen, die auf einer weitsichtigen Erkenntnis wichtiger Prinzipien fußen, aber diese einseitig übertreiben. Hier ist Winkelblech nicht im Irrtum über die Richtung der Strömung, wohl aber über ihre Stärke, über die der entgegengesetzten und der Reibungswiderstände des wirklichen Lebens. So wird graduell fehlgegangen, bald kühn-radikal, bald engherzig-pedantisch. Ein dritter Teil ist theoretisch und praktisch zu verwerfen. Große und wichtige Erscheinungen des volkswirtschaftlichen Lebens, denen die Zukunft gehört, werden verkannt, weil ihnen nicht mit historischem Verständnis nähergetreten wird. Hier will Winkelblech gegen den Strom der tatsächlichen Entwickelung arbeiten, er will das Leben meistern, welches sich aber stärker erweisen würde als der Wille des

Doktrinärs. In diesen Teilen erinnert diese Wirtschaftsordnung an die Ausführungen eines Utopisten wie Fourier.

Ist aber diese Kritik ohne weiteres auf die Persönlichkeit Winkelblechs auszudehnen? Ist ein Urteil über seinen Zukunftsstaat eo ipso zu identifizieren mit dem über den Autor? Nur zum Teil wird das richtig sein. Deshalb ist bereits bei der Analyse der geistigen Entwicklung auf die Würdigung verwiesen. Folgende drei Momente müssen vor allem berücksichtigt werden:

(1) Für Winkelblech bedeutet sein Zukunftsstaat vielfach eine Entgleisung. Sein großer Irrtum war, daß er in seinem warmherzigen Streben die soziale Frage zu lösen, sich nicht auf das dem einzelnen Menschen überhaupt Mögliche beschränkte, auf die Abstellung des einen oder andern Mißstandes, vielmehr die ganze Unzahl der sozialen und volkswirtschaftlichen Probleme zu lösen versuchte. Dieser gewaltigen Aufgabe gegenüber mußte sein Können versagen; er konnte unmöglich alle in Betracht zu ziehenden Tatsachen verarbeiten; er mußte, wollte er überhaupt zu umfassenden Urteilen gelangen, das in einer Reihe von einzelnen Fällen Richtige unberechtigt verallgemeinern, und daraus ergab sich mit Notwendigkeit nur zu oft ein doktrinärer Radikalismus. Der einmal gemachte Irrtum, einen Zukunftsstaat konstruieren zu wollen, mußte ihn von der Wahrheit abführen, je länger je mehr, wie es im Wesen des Irrtums begründet ist. (2) Dieser unwissenschaftliche Zug haftet aber der Persönlichkeit Winkelblechs nicht an. Immer wieder weist er die Auffassung zurück, daß die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung so und nicht anders gehen müsse, wie es sein Zukunftsstaat zeigt. Immer wieder betont er, daß dieser nur ein Lösungsversuch des großen die Zukunft beherrschenden Prinzips sei, den Liberalismus und den Sozialismus zu versöhnen. Und wie er sich stets zur Annahme alles Besseren und Vollkommneren, von welcher Seite es ihm auch geboten werde, bereit erklärt hat, so glaubt er in seinen Ausführungen auch stets auf dem Boden einer freien vorurteilslosen Forschung zu stehen.[1]) (3) Last not

[1]) U. Bd. 1, S. 15/327/335.

least ist, um Winkelblech gerecht zu werden, der Charakter der Zeit heranzuziehen, vor allem der damalige Stand der nationalökonomischen Wissenschaft und die aufgeregte, weil vor einer sozialen und politischen Revolution sich wähnende, Stimmung der Gemüter. Auch für ihn ist zu berücksichtigen, was Schmoller zur Erklärung und Entschuldigung des doktrinären Radikalismus eines Rodbertus, eines Marx geltend macht:[1]) „In den Jahren 1830—1848 konnte man mit viel mehr Recht noch hoffen, mit einigen großen abstrakten Formeln das Geheimnis des sozialen Verhängnisses herauszubringen." Das aber war derselbe Zeitraum, in dem auch Winkelblech seinen Zukunftsstaat konzipierte.

---

[1]) Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verw. u. Volksw. Neue Folge. Jahrgang 10, S. 860.

Lebenslauf.

Ich wurde am 8. Februar 1880 als Sohn evangelischer Eltern zu Prenzlau in der Uckermark geboren. Meine Schulbildung genoß ich auf dem humanistischen Gymnasium daselbst, das ich Michaelis 1898 mit dem Zeugnis der Reife verließ, um auf den Universitäten Berlin und Halle Philologie zu studieren. Nachdem ich meine Studien einige Zeit unterbrochen hatte, bezog ich Michaelis 1901 die Universität Greifswald und widmete mich hier fast ausschließlich dem Studium der Staatswissenschaften.

Im Verlauf meiner germanistischen, historischen und staatswissenschaftlichen Studien hörte ich Vorlesungen, Übungen oder Seminare bei folgenden Herren Professoren:

in Berlin und Halle:

Dessoir, Lasson, Paulsen, Riehl, Vaihinger, — Haym (†), Geiger, Roediger, Erich Schmidt, Saran, Weinhold (†), — Breysig, Delbrück, Erman, Lenz, Roloff, Scheffer-Boichorst (†), Sternfeld, v. Wilamowitz-Möllendorf, — Hoeniger, Schmoller, Wagner;

in Greifswald:

Gercke, Oldenberg, Rehmke, Schmöle, Seeck, Stosch, Ulmann, Waentig.

Allen diesen Herren bin ich zu großem Danke verpflichtet, vor allem aber meinen verehrten Lehrern, Herrn Professor Oldenberg und Herrn Professor Schmöle für die Bereitwilligkeit, mit der sie jederzeit meine staatswissenschaftlichen Studien unterstützt haben.

Thesen.

I.

Es fehlt im Allgemeinen dem landwirtschaftlichen und kleingewerblichen Stand an kaufmännischer Bildung.

II.

Ein neuer lebensfähiger Mittelstand ist der beste Schutz gegen sozialdemokratischen Radikalismus.

III.

Handwerkerkartelle sind geeignet, die Notlage der industriellen Kleingewerbe zu lindern.

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

YB 07903